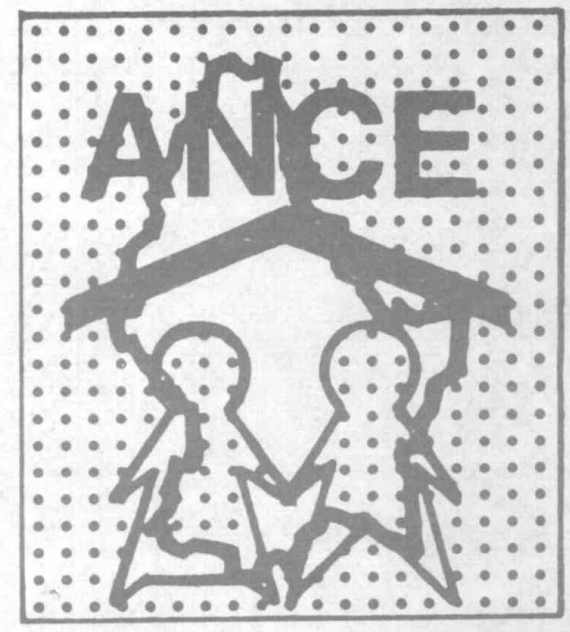
ASSOCIATION NATIONALE DES COMMUNAUTES EDUCATIVES

bulletin

N° 49 1984 avril mai



Page: 3

Editorial - par Robert S O I S S O N.

Pages: 7 - 54

Fédération Internationale des Communautés d'Enfants. -

Berichte der F. I. C. E. - Nationalsektionen zum Thema -

Entwicklung in der Heimerziehung.

Sektion: Bundesrepublik Deutschland
Sektion: Frankreich
Sektion: Irland
Sektion: Israel
Sektion: Niederlande
Sektion: Schweden
Sektion: Schweiz
Sektion: Tschechoslowakei
Sektion: Ungarn.

Secrétariat: ASSOCIATION NATIONALE
DES COMMUNAUTÉS ÉDUCATIVES
Mme. Majerus Yvonne
25. Rue Marie Müller-Tesch
L-4250 Esch-sur-Alzette.
Tel. 553207

A S S O C I A T I O N N A T I O N A L E

D E S C O M M U N A U T E S E D U C A T I V E S.

BULLETIN

éditeur : A.N.C.E. B. P. 255 L - 4003 ESCH-SUR-ALZETTE.

téléphone : 54 90 71-489 ou 54 90 71-494

parution : 6 X par année (10 numéros par année)

tirage : 300 exemplaires

abonnement : Veuillez verser la somme de 300,- frs
(carte de membre et abonnement au C.C.P.
de l'association NO= 2977-67 avec la mention :
abonnement bulletin de l'A.N.C.E.
Mme Alice Molitor-Peffer
30 a, côte d'Eich
L - 1450 LUXEMBOURG

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'opinion de l'A.N.C.E.

Le délai pour qu'un article puisse être publié dans le numéro suivant est le premier jour ouvrable du mois prochain.

E D I T O R I A L

Die 49. Ausgabe des ANCE-Bulletins ist wieder einmal ausschliesslich Fragen der Heimerziehung gewidmet.

Die deutsche FICE-Sektion stellte nähmlich die Berichte zusammen, die anlässlich des Conseil Fédéral im März 1983 in Frankfurt diskutiert wurden.

Verschiedene Nationalsektionen hatten hier zu 3 Fragen betreffend die Situation der Heimerziehung in ihren Ländern Stellung genommen. Der Artikel "Die Zukunft der Heimerziehung" von Prof. TUGGENER (ANCE-Bulletin 46/47 S. 17 - 22) ist übrigens ein Versuch, die Erkenntnisse, die bei den Diskussionen in Frankfurt gewonnen wurden, zusammenzufassen.

Robert SOISSON

les établissements

felix cloos

s.a.r.l.

laitier des hauts fourneaux brut et concassé
enrobés hydrocarbonés, bitumac, prosable
grave~ laitier
mélange minéral pour béton
(composé de grenailles, laitier granulé et sable; reste à ajouter ciment et eau)

sable et pierres de carrières

4280~esch~sur~alzette — 60, boulevard prince henri
téléphone: 54 71 01 ~ télex: 1461

Boutique
Italianstyle

Propr. G.GRILLI-KUHN

exclusivités italiennes en prêt-à-porter féminin

ESCH-SUR-ALZETTE (Gr.-D. de LUXEMBOURG)

113, rue de l'Alzette - Téléphone 5 29 46

d'Revue brénkt et!

- all Woch
- fir Er Informatioun
- fir Eren Zäitverdreiw
- interessant a lieweg
- onofhèngeg an onparteiesch
- mam Revue-Agenda gratis
  kompletten TV-Programm
  Kino, Theater, Fräizäit

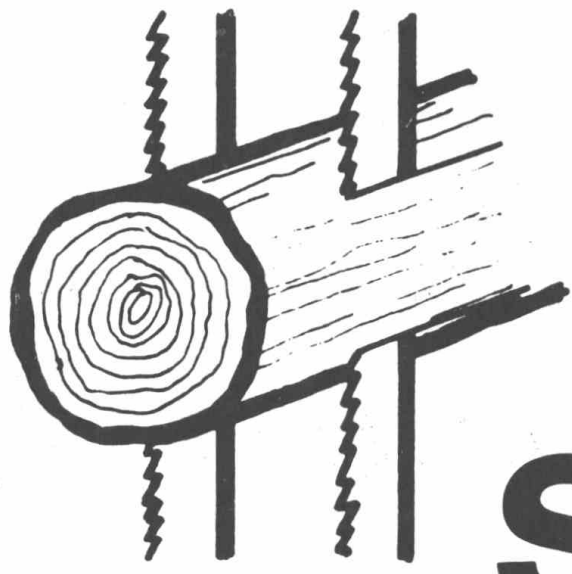
revue

d'lëtzebuerger illustréiert

Rédaction et Service de Publicité :
Bertrange, Tél. 31 10 11

Administration et Abonnements :
40, Avenue de la Gare, Luxembourg,
Tél. 48 76 61

Nähere Informationen bei der
SECURITE ROUTIERE oder
bei einer der 50 Zweigstellen
der BANQUE INTERNATIONALE
A LUXEMBOURG.



scholtes

atelier de constructions en bois
scierie
manternach (gr.d.de luxembourg)
téléphones: 712 24 et 7 11 80

livraisons de:

bois de construction

bois de charpente

bois d'emballage (résineux et feuillus)

planches, madriers, lattes

livraisons au centre de réadaptation
à capellen

Fédération Internationale des Communautés d'Enfants

INTERNATIONAL FEDERATION OF CHILDREN'S COMMUNITIES
INTERNATIONALE VEREINIGUNG DER ERZIEHUNGSGEMEINSCHAFTEN

FONDEE EN 1948 SOUS LES AUSPICES DE L'UNESCO

SITZUNG DES CONSEIL FEDERAL
18./19.MAERZ 1983 IN FRANKFURT/MAIN

BERICHTE DER FICE-NATIONALSEKTIONEN ZUM THEMA ENTWICKLUNG IN DER HEIMERZIEHUNG

Zusammengestellt und herausgegeben durch:
Internationale Gesellschaft für Heimerziehung
- Sektion Bundesrepublik Deutschland der FICE e.V. -
Heinrich-Hoffmann-Straße 3, D 6000 Frankfurt/Main - 71

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorbemerkung	3
Berichte der Nationalsektionen:	
Bundesrepublik Deutschland	5
Frankreich	13
Irland	17
Israel	23
Niederlande	25
Schweden	29
Schweiz	35
Tschechoslowakei	39
Ungarn	43

VORBEMERKUNG

In jedem Land steht die Jugendhilfe und hier insbesondere die Fremdplacierung in engem Zusammenhang mit der Sozialpolitik. Diese wiederum ist abhängig von der wirtschaftlichen Situation des Landes und dem Wertewandel ("Geist der Zeit", "Weltanschauung") wie er in der pädagogischen Zieldiskussion teilweise sichtbar wird. Dabei können Phasenverschiebungen zu den anderen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens auftreten.

Vor diesem Hintergrund solcher Überlegungen haben die Vertreter der FICE-Nationalsektionen zu folgenden Fragen Stellung genommen:

1. Gibt es in Ihrem Land Bestrebungen, bei einer Heimunterbringung auch mit den Eltern stärker zusammenzuarbeiten (Elternarbeit) ? Gibt es Bemühungen, Heime mit einem großen Einzugsbereich zu Gunsten "milieunaher" Einrichtungen abzubauen ?

2. Wie schätzen Sie in Ihrem Land das Verhältnis von beruflicher Konpetenz und menschlichem Engagement innerhalb der Fremdplacierung ein ? Welche Ausbildungsformen haben sich bewährt ? Welche Bereich arbeiten mit beruflichen Laien ?

3. Wie sind die staatlichen oder sonstigen Behörden an der Einweisung von Kindern und Jugendlichen in Heimerziehung beteiligt ? Wie können sie während des Heimaufenthaltes auf die Erziehung einwirken ?

Le Centre de Réadaptation à Cap

vous propose ses produits et travaux en

menuiserie

serrurerie

reliure-cartonnage

horticulture

céramique

accepte: tous les travaux de sous - traitance

Bericht der FICE - Sektion: Bundesrepublik Deutschland

1. Gibt es in Ihrem Land Bestrebungen, bei einer Heimunterbringung auch mit den Eltern stärker zusammenzuarbeiten (Elternarbeit?)

   Gibt es Bemühungen, Heime mit einem großen Einzugsbereich zu Gunsten "milieunaher" Einrichtungen abzubauen?

Zu Satz 1: Stärkere Zusammenarbeit mit den Eltern

Stärkere Zusammenarbeit mit den Eltern ist eine alte, bislang nur unzureichend realisierte Forderung in der deutschen Heimerziehung der Nachkriegszeit. Hierzu haben vor allem zwei Merkmale besonders beigetragen:
Zum einen, daß Heimerziehung als familienersetzende Maßnahme definiert wurde, bei der pointiert ausgedrückt, der Einfluß der Familie nur als Störfaktor während des Heimaufenthaltes angesehen wurde;
zum anderen die objektive Schwierigkeit Elternarbeit zu betreiben, weil häufig die beträchtliche räumliche Distanz zum Herkunftsmilieu der Kinder Elternarbeit nur in der Form ritualisierter Elterntermine und Sprechzeiten in großem zeitlichen Abstand ermöglicht.

In den letzten Jahren wurden neue Konzepte in der Heimerziehung entworfen, die die Bedingungen für eine Elternarbeit wesentlich erleichtern:
Regionale Unterbringung durch die Jugendämter, Aufbau teilstationärer Gruppen, bishin zu Projekten, die eine abgeschlossene stationäre Unterbringung durch zeitweise Betreuung der Kinder in ihren Familien ergänzen. Es sind allesamt Maßnahmen, bei denen Kindern und Jugendlichen

ihr sozialer Ort erhalten bleibt und in dem Familie und soziales Umfeld in die Arbeit des jeweiligen Heimes einbezogen werden.

Zu Satz 2:Es gibt Bemühungen, Heime mit großen Einzugsbereichen zu Gunsten milieunaher Einrichtungen abzubauen. Diese Bemühungen sind auf unterschiedlichen Ebenen zu finden.

1.Auf der Ebene der Landesjugendämter
durch Empfehlung und Beschlüsse Kinder und Jugendliche nicht mehr über die Grenzen des jeweiligen Bundeslandes hinaus unterzubringen (Beschluß der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter von 1979) und als unterbringende Stellen regionale Angebote stärker nachzufragen.(vergl.3)

2.Auf der Ebene der kommunalen Jugendämter
durch Unterbringung im Stadt-bzw.Kreisgebiet sich auf diese vorhandenen Einrichtungen zu konzentrieren.

3.Auf der Ebene der Heime selbst
die sich dadurch umorientieren, daß sie die Aufnahme von Personen aus dem gesamten Bundesland einschränken und nur noch Kinder und Jugendliche aus dem regionalen Bereich aufnehmen.
Diese Tendenz wird jedoch durch zahlreiche Umstände erschwert:

- Große traditionelle Einrichtungen sind durch höhere Bettenzahlen und speziellere Angebote (Heimschule, Berufsausbildungsmöglichkeiten/Standort in ländlichen Regionen) auf überregionale Belegungen angewiesen.Die Chance dieser Institutionen zur Umorientierung besteht nur dann, wenn es ihnen gelingt, eine Dekonzentration dadurch vorzunehmen,daß sie Wohngruppen auslagern.
- kleinere,flexiblere Einrichtungen sind durch geringe Belegungsschwankungen bereits existenziell gefährdet, zumal sie bei einer Einstellung auf regionale Unterbringungen sich in die nahezu totale Abhängigkeit zu einzelnen

Jugendämtern begeben.

Hierzu ist eine konzeptionelle Abstimmung mit dem Jugendamt vor Ort unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung regionalisierter Hilfen in der Heimerziehung.

Die gegenwärtig bekannten Versuche milieunaher Erziehung in Heimen sind konzeptionell und regional sehr unterschiedlich strukturiert. Sie reichen von Formen "traditioneller" Heimerziehung, in einem eng begrenzten Einzugsbereich,bis hin zu Angeboten die weder eindeutig der Heimerziehung noch der "offenen"Jugend- arbeit zugerechnet werden können. Ihre Einzugsgebiete reichen von einer Stunde Fahrzeit mit dem PKW oder öffentlichen Verkehrsmitteln bis hin zu Wegen, die in maximal 20 Minuten zu Fuß (Entfernung Heim/Elternhaus) von den Mitarbeitern des Heimes, den Eltern oder den Kindern/Jugendlichen bewältigt werden können.

2.Wie schätzen Sie in Ihrem Land das Verhältnis von beruflicher Kompetenzen und menschlichem Engagement innerhalb der Fremdplacierung ein?
Welche Ausbildungsformen haben sich bewährt?
Welche Bereiche arbeiten mit beruflichen Laien?

Seit 25 Jahren ist eine ununterbrochene Professionalisierung der Heimerziehung im Gange. Während zunächst auf Fach- schulebene versucht wurde, spezielle Heimerziehungsschulen zu errichten, die häufig konfessionell gebunden und die großen Anstalten angeschlossen waren, begann etwa seit 1968 eine vehemente Entwicklung der generellen Qualifizierung der sozialpädagogischen Ausbildung. Die Fachschulen wurden zunächst höhere Fachschulen und seit 197o Fachhochschulen, nur einige wenige kehrten zum privaten Fachschulstatus zurück. Die Ausbildung berücksichtigte mehrere Felder

(Hort, Jugendhaus, Wohngemeinschaft, Heim) und bemühte sich um wissenschaftliche Grundlagen; auch die Unterschiede zwischen Sozialarbeit und Sozialpädagogik wurden eingeebnet. Trotzdem ist das Ausbildungsniveau in der Heimerziehung nach wie vor geringer als das in Ämtern oder z.B. Beratungsstellen.
Die am sorgfältigsten ausgebildeten Kollegen versuchen entweder, selbständige Arbeitsbedingungen in Wohngemeinschaften zu finden oder selbst zu schaffen, oder aber sie streben Spezialstellen im gruppenübergreifenden Dienst an (Heilpädagogen, musische oder sportliche Erziehungs; Erziehungsleitung, Elternarbeit, Supervision). Gleichzeitig sind auch erstmalig in der BRD seit 1975 Hochschulabsolventen in größerer Zahl in die Heimerziehung gegangen, nachdem das Studium der Sozialpädagogik an mehreren Universitäten möglich wurde. In gewissem Gegensatz zu leitenden Psychologen, Medizinern und Theologen versuchen diese Kollegen, die faktische Hierarchie in der Heimerziehung durch eine fachliche Kollegialität im pädagogischen Alltag zu verändern. Die Orientierung an Lebensvollzügen der Kinder und die Einbettung der Behandlung in die jeweilige Situation und Umwelt hat zu einer gewissen "Ent-Professionalisierung" geführt. Trotzdem wird seit Jahren eine Berufsausbildung für Erzieher in Heimen gefordert. (Es gibt allerdings noch unausgebildete Ordenskräfte und zahlreiche Mitarbeiter, die praxisbegleitende Ausbildungen nachholen.)

Die strenge Trennung von Beruf und Privatleben hat wohl nicht die gewünschten Resultate gebracht; es gibt zunehmend wieder Mitarbeiter, die auch in der Nähe im Haus der Kinder wohnen wollen.
Pflegefamilien und Pflegenester arbeiten überwiegend mit beruflichen Laien.

---

3. Wie sind die staatlichen oder sonstigen Behörden an der Einweisung von Kindern/Jugendlichen in Heimerziehung beteiligt?

Wie können sie während des Heimaufenthaltes auf die Erziehung einwirken?

In der BRD ist grundsätzlich bei der Unterbringung in Heimerziehung im Rahmen der Jugendhilfe das örtlich zuständige Jugendamt beteiligt. Die gesetzliche Grundlage bietet hierzu das Jugendwohlfahrtsgesetz in seiner Fassung vom 23.5.1980. Hiernach ist das örtliche Jugendamt verpflichtet, Hilfen zur Erziehung zu leisten. Eine dieser Hilfen kann sein, Minderjährige in ein Heim einzuweisen. - Aufgabe des Jugendamtes ist es, bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen gemeinsam mit den Eltern und nach Möglichkeit mit dem jungen Menschen die Heimeinweisung vorzubereiten und das für ihn geeignete Heim herauszufinden.

Das Jugendamt bleibt grundsätzlich verantwortlich für den jungen Menschen und hat mit den Sorgeberechtigten für die Zeit der Heimunterbringung eine Erziehungsplanung zu gestalten (siehe auch Hessische Heimrichtlinien vom 1.9.1982, S.12. Ziff.1.2.2 und S.13 Ziff.1.2.7.).

Das Jugendwohlfahrtsgesetz sieht drei verschiedene Möglichkeiten der Fremdplacierung vor:

I.Die örtliche Unterbringung, die Hilfe gemäß § 5 JWG.
Hier leistet das Jugendamt Hilfe zur Erziehung; dies kann sein, wenn die Erziehungsberechtigten mit der Erziehung des Minderjährigen überfordert sind, wenn Erziehungsunfähigkeit der Erziehungsberechtigten vorliegt, ein Elternteil oder beide ausfallen etc.. Die Maßnahme kann auch gegen den Willen der Personensorgeberechtigten - wenn dem Minderjährigen in seiner Entwicklung Gefahr

droht - unter Hinzuziehung des Vormundschaftsgerichtes erfolgen.
Die Durchführung dieser Maßnahme liegt jedoch ausschließlich bei dem örtlich zuständigen Jugendamt. In diesem Falle ist das Jugendamt einweisende Behörde und Kostenträger der Maßnahme sowie alleiniger Vertreter in der Betreuung des Kindes in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Heim.

II. Eine weitere Rechtsgrundlage zur Fremdplacierung von Minderjährigen bietet der § 62 JWG - die Freiwillige erziehungshilfe-
Diese Form der Hilfe tritt dann ein, wenn die Entwicklung eines Minderjährigen gefährdet oder bedroht ist und diese Maßnahme eine Abwendung der Gefahr darstellt.
Die Durchführung dieser Maßnahme ist jedoch nur möglich, wenn die Personensorgeberechtigten mit dieser Maßnahme einverstanden sind. Die Kosten dieser Maßnahme werden von dem zuständigen Landesjugendamt als überörtlichem Kostenträger getragen.

Jedoch bleibt auch hier das örtliche Jugendamt für den Minderjährigen zuständig und betreut ihn im Rahmen der Einzelbetreuung. Alle, den jungen Menschen betreffenden Maßnahmen, werden mit dem Jugendamt, den Eltern, dem Heim und je nach Alter und Entwicklung mit dem jungen Menschen besprochen.

Also auch hier unmittelbare Einwirkung des Jugendamtes auf die Erziehung des jungen Menschen.

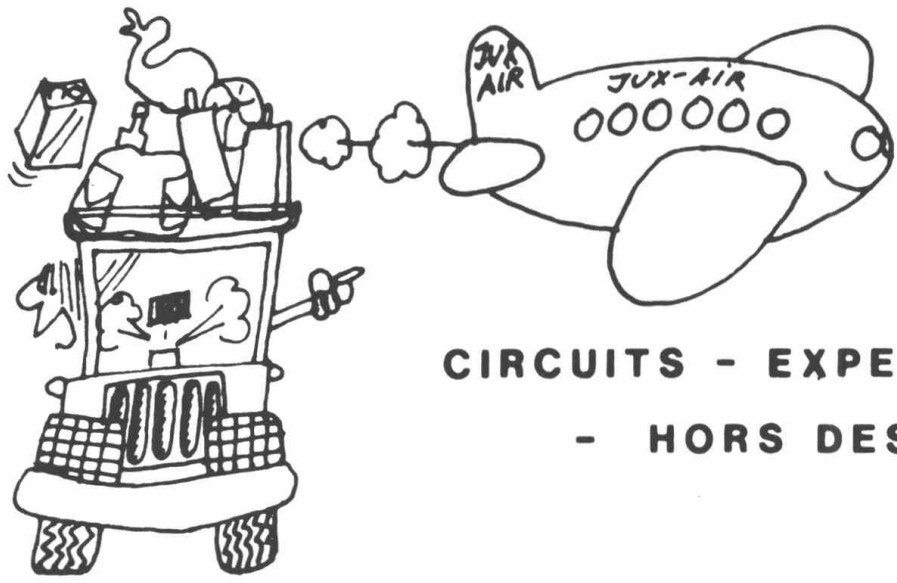
Die dritte und letzte Form der Möglichkeiten nach dem JWG, einen jungen Menschen in die Heimerziehung einzuweisen, ist die Durchführung einer Fürsorgeerziehung gemäß § 64 JWG.
Auch hier geht die Initiative vom zuständigen Jugendamt

aus.Besteht die Gefahr, daß ein junger Mensch verwahrlost ist oder von einer Verwahrlosung bedroht, so kann das Jugendamt beim zuständigen Vormundschaftsgericht die Fürsorgeerziehung beantragen, wenn keine andere Erziehungsmaßnahme ausreichend erscheint. Der Vormundschaftsrichter ordnet diese Maßnahme nach Anhörung der Antragsberechtigten und des Betroffenen (Personensorgeberechtigte - Jugendamt - Landesjugendamt) an.
Seinen Beschluß muß das Vormundschaftsgericht mit einer Begründung versehen, der den Beteiligten an diesem Prozeß zuzustellen ist.
Bei dieser Maßnahme geht das Aufenthaltsbestimmungsrecht an das Landesjugendamt über, das auch die Kosten dieser Maßnahme trägt.

In enger Zusammenarbeit mit dieser Stelle bleibt jedoch das örtliche Jugendamt im Rahmen einer Einzelfallbetreuung für den Minderjährigen zuständig, da es nicht sinnvoll erscheint, ohne die Einbeziehung des örtlichen Jugendamtes eine dem jungen Menschen adäquate Heimerziehung zu leisten.

FEH und vor allem FE stehen allerdings oftmals noch in einem gewissen Gegensatz zu Bestrebungen um Regionalisierung und Elternnähe (vgl.1).Die (nicht gelungene) Neufassung eines Jugendhilfegesetzes (1977 - 80) sah deshalb noch eine andere Gliederung der Hilfeformen vor. Die an Jahren alte und durch stigmatisierende Wirkung belastende Fürsorge- oder Zwangs-Erziehung ist heute stark umstritten. Zweifellos ist besonders in der sogenannten "Geschlossenen Unterbringung", die zwischen 1965 und 1975 zurückgedrängt wurde, jetzt aber wieder stärker gefordert und praktiziert wird, die Verbindung von Erziehung, Therapie und Strafe ungeklärt. Ein einheitliches Jugendgesetz für familiär und sozial Benachteiligte, Behinderte, Erziehungsbedürftige, jugendliche Straftäter und psychisch Kranke ist jedoch leider noch immer nicht in Sicht.

VOYAGEZ HORS DES HORDES !



VOLS LOINTAINS

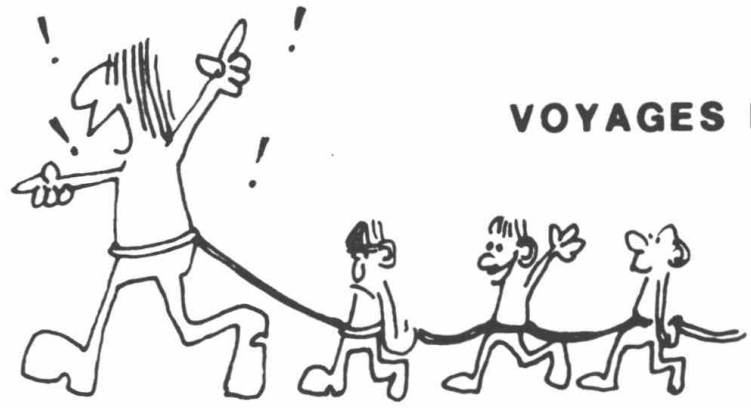
- PAS CHERS !

CIRCUITS - EXPEDITIONS - TREKKINGS

- HORS DES SENTIERS BATTUS !

CENTRES DE VACANCES - HOTELS - APPARTEMENTS - CHALETS

- SYMPA !



VOYAGES POUR GROUPES DE JEUNES

- ET MOINS JEUNES

TRAINS RAPIDES

- A REDUCTION !

COURS DE LANGUE - VIVANTS !

VOYAGEZ HORS DES HORDES !

POUR TOUS RENSEIGNEMENTS ET INSCRIPTIONS:

ASSOCIATION DU TOURISME SOCIAL A.S.B.L.
SOTOUR
TOURISME DES JEUNES

21, RUE ALDRINGEN (ENTRE-SOL) LUXEMBOURG
TÉLÉPHONES: 465 14 ET 226 73
BUREAUX OUVERTS DU LUNDI AU VENDREDI DE 9.30 À 12.30 ET
DE 13.30 À 18.15, LE SAMEDI DE 10.00 À 12.00

☞☞☞☞☞☞☞☞ IMPORTANT

TOUS NOS SERVICES SONT RÉSERVÉS EXCLUSIVEMENT À NOS MEMBRES!

Pour recevoir votre nouvelle carte de membre, il vous suffit de virer la somme de 50.-frs à notre CCP 19440-40, en indiquant votre nom, prénom, adresse, profession et date de naissance, ou bien vous passez en notre bureau et vous pourrez en même temps emporter nos nouvelles brochures.

(A.N.C.E)
145, Boul' Magenta, PARIS-10e
TRUdaine 13-30

EVOLUTION DE L'EDUCATION EN COMMUNAUTE EDUCATIVE

1. Evolution de la politique de placement

11. La loi du 30 juin 1975 - dite loi d'orientation en faveur des personnes handicapées ou inadaptées et qui vise notamment les déficients intellectuels, les handicapés moteurs, les handicapés auditifs et visuels - précise dans son article premier,

- "que la prévention, le dépistage, les soins, l'éducation, la formation et "l'orientation professionnelle, l'emploi, la garantie d'un minimum de "ressources, l'intégration sociale et l'accès aux sports et aux loisirs "de toute personne handicapée ou inadaptée, constituent une obligation "nationale.

- "que les familles, l'Etat, les collectivités locales, les établissements "publics, les organismes de sécurité sociale, les associations, les grou- "pements , organismes publics ou privés, associent leurs interventions "pour mettre en oeuvre cette obligation, en vue notamment d'assurer aux "personnes handicapées toute l'autonomie dont elles sont capables.

- "qu'à cette fin, l'action poursuivie assure, chaque fois que les aptitudes "des personnes handicapées et de leur milieu familial le permettent, l'accès "du mineur et de l'adulte handicapés aux institutions ouvertes à l'ensemble "de la population et leur maintien dans un cadre ordinaire de travail et "de vie.

C'est ainsi qu'en ce qui concerne leur scolarité (art. 5) les enfants sont orientés :

- de préférence dans des classes ordinaires, ou dans des classes sections d'établissement, établissements ou services relevant du Ministère de l'Education Nationale,
- à défaut, dans des structures ou établissements spécialisés dans lesquels le Ministère de l'Education Nationale crée des postes budgétaires d'enseignants publics ou prend en charge les rémunérations d'enseignements privés.

12. Tous les textes d'application de la loi respectent les dispositions fondamentales dictées par le législateur

Deux circulaires - 29 janvier 1982 et 29 janvier 1983 - précisent les objectifs poursuivis en matière d'intégration des jeunes handicapés dans les structures scolaires ordinaires.

La circulaire du 29 janvier 1983 (parue le 23 février) traite :

- des moyens de l'intégration, moyens en personnels non spécialisés, spécialisés enseignants et non enseignants
- de l'assistance particulière au sein des écoles (infirmière, agent de service)
- de l'adaptation des locaux
- des modalités de coopération entre l'établissement scolaire et d'accueil et de l'organisme chargé d'apporter les soins et les soutiens spécialisés
- des conventions à passer entre les établissements scolaires et les centres de soins ou les établissements spécialisés
- des autorisations administratives pour la création des services de soins et de soutien spécialisés là où il ne peut être fait appel aux équipements

Ainsi, il ne s'agit pas d'engager des dépenses nouvelles (à la charge des Caisses d'Assurance Maladie) mais "d'inscrire dans le cadre d'une autre répartition les moyens en personnels et en matériel déjà existants" :

"L'organisation d'actions de soins et de soutien spécialisés en milieu scolaire peut conduire un établissement médico-social à modifier sensiblement son fonctionnement ou les modalités d'intervention de ses personnels".

13. En conclusion,

1) Les équipes pluridisciplinaires vont donc sortir des établissements pour intervenir dans les structures ordinaires de vie - disposition déjà envisagée depuis décembre 1970 mais pas suffisamment mise en application.

2) Les établissements vont être amenés à fonctionner différemment et notamment à accueillir des cas de plus en plus lourds -ou plus âgés- ce qui nécessite non seulement une adaptation des locaux et des aménagements mais sur une reconversion des personnels.

2. La politique de l'aide sociale à l'enfance a fait l'objet d'une large concertation entre les Ministères intéressés, les Associations, les syndicats représentant les personnels. Un rapport "pour une politique de l'Enfance" a été rédigé, puis diffusé. Il a servi de base aux instructions ministérielles publiées le 28 mai 1982. Ces instructions feront l'objet de nouvelles consultations avec toutes les parties intéressées.

21. Ce document thématique se présente en quatre points :

- intégrer le dispositif d'Aide Sociale à l'enfance dans la vie locale
- adapter le dispositif d'accueil de l'Aide Sociale à l'enfance
- reconnaitre les usagers de l'Aide Sociale à l'enfance dans leurs droits
- dégager les conditions d'une politique départementale de l'enfance.

22. Quatre orientations prioritaires sont retenues pour l'intégration du dispositif dans la vie locale :

- développer une utilisation diversifiée et dynamique des aides financières
- favoriser l'insertion scolaire
- contribuer à la politique d'insertion professionnelle des jeunes
- rechercher une meilleure insertion sociale des familles

23. L'adaptation du dispositif d'accueil de l'Aide Sociale à l'enfance nécessite

- l'amélioration des conditions d'accueil des enfants en établissement
  . favoriser les initiatives et la créativité
  . alléger l'encadrement par une participation plus active des jeunes
  . rechercher des modes d'organisation qui permettent un partage de la vie quotidienne et d'activités diverses
  . accroître la présence et la participation des familles en adaptant les lieux à leur accueil, en élargissant les plages horaires d'accueil en favorisant des implantations de petites structures à proximité des zones de besoins.

Sur ce point, les propositions de l'ANCE ont été déterminantes.

- la transformation et la reconversion des établissements de grande taille, ou de grande capacité.

Sur ce point, les propositions gouvernementales rejoignent les préocupations de l'ANCE, mais s'agissant de structures en place, une telle politique entraîne des conséquences qui méritent des études approfondies afin de tenir compte, autant qu'il est possible, des intérêts de toutes les parties concernées.

- privilégier l'accueil parents-enfants sur l'accueil des enfants seuls
- améliorer la formation et le soutien des familles d'accueil
- promouvoir des modes d'accueil innovant des lieux de vie.

24. "La définition d'un projet global d'aide avec chaque famille et chaque enfant en difficulté implique la modification des interventions du dispositif de protection médico-psycho-sociale jugé préjudiciable à l'intérêt des enfants et des familles" dans la politique conduite au cours des années écoulées.
"La politique nouvelle suppose une transformation progressive dans l'organi-"sation et les pratiques du travail social et médico-psycho-social et dans "l'articulation de ces pratiques avec les actions qui sont menées par d'autres "institutions, en particulier dans le domaine du logement, de l'école, de la "formation professionnelle, de la culture et des loisirs.

25. En conclusion, si l'aide à la famille en difficulté est à juste tître privilégiée, si les placements sont effectués, en priorité, sous forme de placements familiaux, les établissements recevront à la fois des cas de plus en plus lourds et des enfants de plus en plus âgés, souvent lorsque les familles d'accueil ne pourront plus faire face à leurs engagements. Cette politique nécessite une adaptation des établissements et des personnels à leur mission nouvelle.

3. Du fait de l'évolution de la médecine et de la mise en pratique d'une politique d'intégration préconisée aussi "pour les enfants en difficulté en raison d'une maladie", pour autant que des soins puissent être prodigués en famille, dans des dispensaires ou en milieu scolaire, les établissements à caractère sanitaire devront eux aussi s'adapter aux cas lourds qu'ils recevront. Outre le plateau technique qui devra être de plus en plus performant, il faut envisager l'humanisation des locaux et de l'accueil, l'organisation systématique de structures scolaires adaptées ainsi qu'une nécessaire adaptation des personnels en place en même temps que le recrutement de professionnels hautement qualifiés et spécialisés.

* * * *

En France, les personnels travaillant à plein temps ou à temps partiel dans les communautés éducatives sont tous des salariés. Ils bénéficient des dispositions du statut de la fonction publique s'ils exercent dans des établissements publics, des dispositions du Code du Travail et des conventions collectives s'ils exercent dans des établissements privés.
Peut-être peut-on regretter que la législation du travail ne fasse aucune différence entre l'engagement dans une entreprise industrielle ou commerciale et l'engagement dans un établissement d'enfants ou d'adolescents à caractère sanitaire, social ou médico-social.

Mais tous les citoyens ne sont-ils pas égaux devant la loi et "l'entreprise" doit savoir - et pouvoir - s'adapter aux dispositions légales et règlementaires encore faut-il que les pouvoirs publics assurant le financement lui en donne tous les moyens. Certes, il est souhaité un plus large engagement des personnel Les bénévoles - ou plutôt les militants - assurent le plus souvent des actions politiques au niveau des instances statutaires des organismes gestionnaires : conseil d'administration, bureau, commissions, groupes d'études...

Nous avons depuis longtemps dépassé le stade de la charité, du paternalisme, les jeunes qui nous sont confiés ayant droit à une prise en considération de la part de l'Etat et des collectivités locales, dans un esprit de désintéressement total et d'une laïcité totale interdisant tout prosélytisme d'où qu'il vienne.

* * * *

Les modalités de placement des jeunes dans les institutions varient selon le type de handicaps.

1. Pour les enfants handicapés et inadaptés relevant de la loi précitée du 30 juin 1975, l'orientation est décidée par une commission départementale compo de 12 membres :

   3 représentant l'Education Nationale
   3 représentant les Affaires Sanitaires et Sociales
   3 représentant les organismes payeurs
   1 représentant les établissements
   2 représentant les parents

   Au préalable, une équipe pluridisciplinaire dite équipe technique composée de 4 ou 5 personnes étudie le cas de l'enfant, de l'adolescent ou du jeune adulte, voit le jeune et sa famille, et après avoir établi un bilan, fait des propositions à la commission qui seule, a pouvoir de décision. Les parents ont le libre choix de l'établissement dans le cadre de la catégorie d'établissements recommandés. Les équipes techniques sont en liaison étroite avec les équipes des établissements.

2. Pour les enfants, cas sociaux, bénéficiant d'une mesure de protection sociale ou d'assistance éducative, après enquête effectuée par un service social, il appartient soit au directeur des affaires sanitaires, soit au juge des enfants de décider du placement. Les directeurs d'établissements travaillent en liaison étroite avec les services spécialisés.

3. Pour les enfants malades, les placements sont effectués par l'intermédiaire des médecins, des services spécialisés des hôpitaux. Des liaisons étroites existent entre ces services et les directions des établissements spécialisés souvent à la recherche d'une "clientèle" qui, dans certains secteurs, et pour certaines maladies, se fait de plus en plus rare. Les parents qui ont le libre choix des établissements sont trés attentifs aux modalités de fonctionnement, à la qualité de l'accueil et du séjour, à l'organisation d'un véritable enseignement permettant, autant qu'il est possible, le déroulement normal de la scolarité.

24 Février 1983
C. HERMANGE

ASSOCIATION OF WORKERS WITH CHILDREN IN CARE

MARYMOUNT, CONVENT AVE., SUNDAY'S WELL, CORK. TEL: 021-45777.

F.I.C.E. National Section: Eire.

Developments in Residential Care.

The legal position of Children in Eire is still that enshrined in the 1908 Act. Two developments of major significance have taken place since then, and a third is in the pipeline.

The first of these was the Kennedy Report in 1970. This brought about a new awareness of the NEEDS of children and haveresulted in two significant developments:

a) the replacing of large institutional buildings and large numbers of children by small group homes and small numbers.

b) the introduction for the first time of Professional Training for Care Workers within their own (and that of the children) socio political and cultural milieu. There are now three such courses in existance with a further one starting in September 1983.

The second was the publication of the Task Force Report on Childrens Services in 1980. This has built on the Kennedy Report and a much more sophisticated analysis of childrens' psycho-emotional and educational needs. It is very definitely a Social Policy Document of ranging and for reaching proportions.

It sees Childrens Services as reaching out to children in need within their own family and community in the first instance. Where the supportive agencies and services are unable to meet such needs in situ, then other alternatives are to be utilised in so far as they meet such need. These will be Adoption, Fostering, Residential Care, Special Residential Schools and Assessments Centres and lastly, secure provision.

On the whole, this report has met general acceptance, particular regard being given to 'treatment' within the whole family in their own community. However, the quite for reaching restructuring of the Services and System and the consequent significant costs involved, make it seem very likely that little will happen during the economic crisis now being experienced in this country.

It has however, enabled residential child care personnel see more clearly that their role is in attempting to meet deed-seated psycho-emotional need by quite definite, if subtle, skilled therapeutic interventions. Residential child care is NOT an alternative. It IS a highly specialised facility, destined to meet clear needs requiring 'In Residence' care.

This has led to the recognition that at the very least, a very close liason must be maintained with the family, and at the very best, the family must be involved in the significance of the caring treatment.

Developments have taken place at significant levels to 'localise' facilities for the mentally handicapped, the deaf, the blind and in terms of remedial education. This has come about very much because there are recent developments and residential centres were built near families with children having such handicaps. This is not so much the care where children are placed in residential homes, as these new buildings were put up where the larger buildings already existed. However, here there has been a change in policy, that such homes tend now to take only children from within their Regional Health Board area, but it does still mean children sometimes have to be placed far from home.

The third development in the pipeline is the reform of law relating to the family and to children. This is now in process, and the Association of Child Care Workers (A.W.C.C.) have been invited to contribute to observations and discussion to this reform.

This completes our response to Section One of the F.I.C.E. questionnaire.

Question Two.

The Association as a professional group have been increasingly conscious of and clear about a corpus of professional knowledge and skills required of Child Care Workers and have been actively and specifically involved in sponsoring and working out the content and method of the professional courses now available.

Their documentation on this in general has been accepted by the Department of Education and specifically incorporated in individual courses. This is matched by a commitment to the principle that the main tool in child care work is the person of the worker and that the basis of the psycho therapeutic interventions is not a technique 'from out there or from a book' but the human relationships built up in which and through which such caring and therapy may take place. It is after all, the ABSENCE of such real meaningful human relationships which has brought the child into residential care. The training courses seek to maintain the balance between professional knowledge and skills and its incorporation into the person of the worker in such a way as to increase his or hers ability to generate sophisticated relationships with the children.

Question Three.

The majority of referrals came through Statutory Agencies - primarily the social workers in each Regional Health Board, secondarily through the Courts and the Department of Justice. Apart from legal and insurance requirements, such Government Agencies tend not to exert a direct influence on the style of caring and education. The only exception to this is the Special Secure School and Caring Unit for delinquent boys. The Minister is empowered to direct a boy as the result of court proceedings to the school and to direct the school to admit the boy.

It is a question that's full import only arises when it becomes a matter of immediate Social Policy because of some public demand by a significant group within the community and state.

Submitted to F.I.C.E. by the
Association of Workers with Children in Care, Eire.

EICHER FRERES
s.à r.l.

STRASSEN ~ 120, route d'Arlon
Téléphones: 31 88 19 ~ 31 03 61,

Exposition permanente d'installation de dessin, de machines et appareils pour la reproduction et les arts graphiques, mobilier scolaire.

minimod'

confection pour enfants

literie

liste de naissance

105, rue de l'alzette / esch-sur-alzette – tél: 5 20 54

propriétaire: mme barbadori-pannacci

CK FACHGESCHÄFTE

CK Photo-Forum
Forum Royal

CK Photo-Center
6, rue Glesener

CK Photo Aldringen
Centre Aldringen

IMMER IN IHRER NÄHE

Interphot 66, rue de l'Alzette

Discophot Helfenterbruck
Centre Concorde,

Cinéphot Foetz
Centre M. Le Géant,

The Jewish Agency for Israel • Department of Youth Aliyah

Presidium: Arieh Leon Dulzin
Yitzhak Artzi
Dr. Josef Burg
Raymond Epstein
Mrs. Recha Freier
Prof. Ephraim Katzir
Yosef Klarman
Moshe Kol
Mrs. Frieda Lewis
Yosef Shapira

COMMITTEE:
Shraga Adiel
Prof. Chaim Adler
Binyamin Amiram
Moshe Agrest
Shlomo Aviav
Eli Artzi
Matityahu Barkai
David Beit-Arieh
Mrs. Ruth Birk
Abraham Brom
Shmuel Chefer
Shmuel Danino
Eli Dayan
Avraham Diamant
Mrs. Sylvia Doppelt
Gen. (res.) Aharon Doran
Matityahu Drobles
Rabbi Chaim Druckman, M.K.
Abba Eban, M.K.
Prof. Reuven Feuerstein
Dr. Herzl Fichman
Gen. (res.) Yosef Geva
Yitzhak Golan
Reuven Golan
Mrs. Tova Sanhedrai-Goldreich
Rabbanit Tsofia Goren
Mew Gottesmann
Zebuluun Hammer
Arieh Handler
Dore Hartmann von Monakow
Shlomo Hillel, M.K.
Rabbi Asher Hirsch
Mrs. Ruth Isaacson
Mrs. Charlotte Jacobson
Dr. Moshe Jaffe
Mrs. Bertha Kanter
Dr. Gideon Katz
Dr. Israel Katz
Mrs. Hella Kleeman
Nissan Kouri
Moshe Krone
Dov Kulka
Yitzhak Lev
Dan Levy
Ezriel Levy
Zvi Levy
Akiva Lewinsky
Arie Lifshitz
Shlomo Lorenz, M.K.
Mrs. Hava Michaelis
Gen. Moshe Nativ
Raabi Moshe Zvi Neria
Mrs. Gerda Ochs
Asher Ohayon
David Omansky
Rabbi Moshe Pardo
Dr. Israel Peled
Rabbi Yitzhak Peretz
Dr. Chaim Peri
Alan Philipson
Mrs. Gertrude Philipson
Dr. Yael Posner
Mordechai Rafeld
Dr. Hanoch Rinot
Harry Rosen
Dr. Pinhas Rosenbluet
Prof. Yonah Rosenfeld
David de Rothschild
Prof. Natan Rottenstreich
Petachya Shamir
Eliezer Shmueli
Mrs. Roselle Silberstein
Prof. Akiva Ernst Simon
Arieh Simon
Dr. Adam Simonson
Stanley Sloane
Mrs. Mirial Small
Yossi Stern
Dr. Eliezer Tabin
Dr. Shlomo Tadmor
Prof. Shlomo Tapiero
Mrs. Miriam Glasser-Tassa
Moshe Unna
Prof. Efraim Urbach
Mrs. Lola Hahn-Warburg
Mrs. Giselle Warburg
Aharon Yadlin
Mrs. Raya Yaglom
Chagai Yehudai
Mrs. Fella Yitzhaki
Mrs. Annabelle Yuval
Dr. Ami Ze'evi
Rabbi Abraham Zuckerman

Development in Residential Care: The Case of Israel

Memorandum presented by the Israeli Section (Youth Aliyah) to the Federal Council of FICE - to be discussed at the Meeting in Frankfurt

May, 1983

Question One:

Parents Inclusion

In Israel the children are placed in residential homes according to the parents wishes and preference. But the parents are scarcely given an active role in care programs. However, parents are often informed and sometimes consulted in matters relating to their child's educational or psycho-social conditions and to the course of action that the staff consider to choose in the treatment program.

Mothers are sometimes invited to spend a vacation in their child's youth village. During the vacation the mothers are introduced to the residentia experience that their children have been undergoing.

Infants in Kibbutzim (communal settlements) often live in a separate home. However, in every case parents spend 2 to 5 hours per day with thei child.

Institutions Close to the Environment

Israel's referral agencies usually attempt to place children in settings close to their home towns. However, most of the placements are carried out in institutions which are large (more than 200 dwellers) and secondly, are considerably detached from the urban or rural communities which surrou them.

There are also two types of residential facilities which are "closer to th environment".

1) "Family Institutions" are basically apartments run by married couples who live there with their natural children as well as with a group of foster children (there are very few of this type).

2) "Hostels" offer accomodation, educational and psycho-social services to adolescents from the community in which they are located. The hostel staff functions in close cooperation with the welfare and treatment staff of the local community who have originally referred the children to the hostel.

There is a certain trend of thought in Israel which propagates small institutions in the neighborhood. At this moment it represents a minority.

The Jewish Agency for Israel • Department of Youth Aliyah

sidium Arieh Leon Dulzin
Yitzhak Artzi
Dr Josef Burg,
Raymond Epstein
Mrs Recha Freier
Prof Ephraim Katzir
Yosef Klarman
Moshe Kol
Mrs Frieda Lewis
Yosef Shapira

COMMITTEE
Shraga Adiel
Prof Chaim Adler
Binyamin Amiram
Moshe Agrest
Shlomo Arlav
Eli Artzi
Matityahu Barkai
David Ben-Arieh
Mrs Ruth Birk
Abraham Brom
Shmuel Chefer
Shmuel Danino
Eli Dayan
Avraham Diamant
Mrs. Sylvia Doppelt
Gen (res) Aharon Doran
Matityahu Drobles
bbi Chaim Druckman, M K
Abba Eban, M K
Prof Reuven Feuerstein
Dr Herzl Fichman
Gen. (res.) Yosef Geva
Yitzhak Golan
Reuven Golan
Tova Sanhedrai-Goldreich
Rabbanit Tsofia Goren
Meir Gottesmann
Zebuluun Hammer
Arieh Handler
e Hartmann von Monakow
Shlomo Hillel, M K
Rabbi Asher Hirsch
Mrs Ruth Isaacson
Mrs Charlotte Jacobson
Dr Moshe Jaffe
Mrs. Bertha Kanter
Dr Gideon Katz
Dr Israel Katz
Mrs Hella Kleeman
Nissan Kouri
Moshe Krone
Dov Kulka
Yitzhak Lev
Dan Levy
Ezriel Levy
Zvi Levy
Akiva Lewinsky
Arie Lifshitz
Shlomo Lorenz, M K
Mrs Hava Michaelis
Gen Moshe Nativ
Rabbi Moshe Zvi Neria
Mrs. Gerda Ochs
Asher Ohayon
David Omansky
Rabbi Moshe Pardo
Dr Israel Peled
Rabbi Yitzhak Peretz
Dr Chaim Peri
Alan Philipson
Mrs Gertrude Philipson
Dr. Yael Posner
Mordechai Rafeld
Dr. Hanoch Rinot
Harry Rosen
Dr Pinhas Rosenbluet
Prof Yonah Rosenfeld
David de Rothschild
Prof Natan Rottenstreich
Petachya Shamir
Eliezer Shmueli
Mrs Roselle Silberstein
Prof Akiva Ernst Simon
Arieh Simon
Dr. Adam Simonson
Stanley Sloane
Mrs Mirial Small
Yossi Stern
Dr Eliezer Tabin
Dr Shlomo Tadmor
Prof Shlomo Tapiero
Mrs Miriam Glasser-Tassa,
Moshe Unna
Prof Efraim Urbach
Mrs Lola Hahn-Warburg
Mrs Giselle Warburg
Aharon Yadlin
Mrs Raya Yaglom
Chagai Yehudai
Mrs Fella Yitzhaki
Mrs Annabelle Yuval
Dr. Ami Ze'evi
Rabbi Abraham Zuckerman

Question Two:

Professional Skills and Human Involvement

In Israel too, there is a marked negative relationship between the scope of involvement and professionalization: the more one's role is based on differentiated and specific professional skills the less is one expected to be involved with the daily "routines" of care; or, the more direct, diffuse and encompassing is one's involvement in the children, the less professional one is inclined to be.

Thsi state of affairs is manifest in the fact that housefathers tend to be young people (23-30) who view their residential career as an initial step toward professionalization in some other, more "prestigious" role in the treatment or other occupations.

The following training program seeems relatively more affective than others: 1) in-service training of one full day a week for two years in a framework of a course which is held whithin a large residential facility. In this program the courses consist of the following parts: a) introductory chapters in the behavioral sciences, b) developing and applying informal educational units; c) care and educational administration; d) work under the tutorship and supervision of a veteran worker.

2) a pre-service course of 3 weeks (followed by study days).

3) a local in-service training conducted by the central agency

Question Three:

The Youth Aliyah Department of the Jewish Agency, the Rural Settelment Department of the Ministry of Education and the Vocational Training and Youth Welfare Departments of the Ministry of Labor and Social Welfare are Israel's largest Referral authorities. They each exert considerable influence on the individual facility, because of their official positions and since they bear much of the cost of the residential programs. Their influence is maintained via networks of supervisors who control education, psycho-social, administrative and financial aspects in the running of the facility. The various supervisors participate not only in the moulding of the facility's program, but also in planning the career of the individual child. An inmate may not be asked to leave a facility unless this has been approved of by the referral authority and its representatives.

The central agencies (specially Youth Aliyah) influence the child's educat in the residential care besides the network of the pedagogical and psycho-social services, by forsering programs through the central and local pedagogical centers which train educators, hold monthly study days for directors of institutions among its many other activities.

FICE-Sektion Holland

Vorbemerkung:
Erziehung ist eine Privatangelegenheit. Das gilt auch für die Heimerziehung. Etwa 90% unserer Heime sind Privatheime. Diese Heime sind sehr unregelmäßig über das Land verteilt; insbesondere sind in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts verschiedene Heime im Osten des Landes vergrößert oder neu gestiftet worden.
Vormundschaftsvereine, jugendpsychiatrische Dienste usw. können über eine Einweisung in ein Heim selbständig entscheiden. Das führt dazu, daß Kinder manchmal nicht familiennah eingewiesen werden.
Viele Heime haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Verschiedene Kleinstheime wurden eröffnet und entwickeln sich auch noch weiter. Im bestimmten Sinne kann man von einem gewissen Wildwuchs sprechen.
Die Zusammenarbeit der Heime untereinander ist bisher wenig ausgeprägt.
Das Justizministerium hat sich bisher nur finanziell-ökonomisch mit den Heimen beschäftigt und sich weniger mit der Qualität der Heime befaßt. Durch ökonomische Umstände veranlaßt, versucht man heute, mehr Einfluß auf die weitere Entwicklung zu nehmen.

Zu Frage 1:
a) Aus fachpolitischer Sicht
In Holland befindet sich die Heimerziehung stark im Umbruch. Aufgabe einer 1974 eingesetzten gemischten interministeriellen Arbeitsgruppe war es, über Ausgangspunkte und Zielsetzungen der Jugendhilfe und über eine darauf abgestimmte Jugendgemeinschaftspolitik zu beraten. Diese Arbeitsgruppe legte Ende 1976 ihren Schlußbericht vor. Darin wurde empfohlen, einen interministeriellen Ausschuß einzusetzen, der die Möglichkeiten zur Koordinierung der Politik in Bezug auf die Heimeinrichtungen für Jugendliche ausarbeiten sollte.
Zurzeit sind drei Ministerien für Jugendheime zuständig: das Ministerium für Wohlsein, Volksgesundheit und Kultur, das Ministerium der Justiz sowie das Ministerium für Unterricht und Wissenschaft.
Entsprechend den Empfehlungen der Arbeitsgruppe haben diese Ministerien 1978 einen Ausschuß eingesetzt (Interministerielle Arbeitsgruppe Heimeinrichtungen für Jugendliche). Er setzt sich aus Beamten dieser drei Ministerien zusammen.

Ein weiterer Punkt im Zusammenhang mit unserem Thema ist die sogenannte Regionalisierung: In jeder Provinz soll ein ausreichendes Einrichtungsangebot geschaffen werden; außerhäusliche Unterbringung soll nach Möglichkeit immer in der Heimatregion oder-provinz erfolgen. Das bedeutet nicht, daß das Versorgungsgebiet aller halbstationären und stationären Einrichtungen immer mit dem Gebiet einer Provinz zusammenfällt: Einige Versorgungsgebiete sind sehr viel kleiner, andere, - für sehr spezialisierte Einrichtungen - sind größer als eine Provinz. Die Arbeitsgruppe befürwortet regionale Hilfe-

leistunsstrukturen. Diese erleichtern die Schaffung eines möglichst natürlichen Lebensklimas und erleichtern die Kontakte außerhalb der eigenen Lebensgemeinschaft mit Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten. In diesem Zusammenhang lenkt die Arbeitsgruppe die Aufmerksamkeit auf die Aufteilung größerer organisatorischer Einheiten: die kleineren Einheiten sollen in den Wohnvierteln und Dörfern arbeiten. Eine solche Struktur verbindet die Vorteile einer kleinmaßstäbigen Struktur mit den Vorteilen der organisatorischen Kontinuität.
Die Regionalisierung der Einweisungspolitik ist die logische Folge der organisatorischen Regionalisierung der Einrichtungen. Das heißt, daß die außerhäusliche Unterbringung innerhalb der Heimatprovinz und so nahe wie möglich am Wohnort des Klienten erfolgen muß. Dadurch kann das häusliche Milieu besser für den Hilfeleistungsprozeß genutzt werden.
Nach Auffassung der Arbeitsgruppe gibt es drei Ausnahmen von dieser Regel:
- die Notwendigkeit der Trennung vom Herkunftsmilieu;
- der Bedarf an sehr spezialisierter Hilfe, die in der Heimatprovinz nicht geboten werden kann;
- der Wunsch nach Unterbringung in einer weltanschaulich orientierten Einrichtung, die es in der Heimatprovinz nicht gibt.

b.Feststellungen aus der Alltagspraxis
In einer Konferenz in Limburg wurden Fragen des Zusammenspiels zwischen Heimen und Einweisungsinstanzen erörtert.Die Mehrheit der Teilnehmer stellte hierzu u.a.folgende Engpässe fest:
o zu viele Initiativen von seiten der Heime
o Mangel an guten Berichten
o zu viele Instanzen
o unvollständige Zusammenhänge zwischen Diagnosen und Praxis
o Mangel an festen Verabredungen.

c. Viele Heime leisten eine sehr gute Elternarbeit.
Sie sind bemüht, ihre Heime auch in organisatorischem Sinne so zu ändern, daß sie milieunah sind.

d. Theoretische Überlegungen zu diesem Fragenkomplex sind oft viel progressiver als die Praxis.So stellt einer unserer Professoren fest:"Aus Untersuchungen ergibt sich, daß Hilfeleistungen für Mädchen mit deliquentem Verhalten oft nicht den gewünschten Erfolg haben. Und zwar deshalb, weil die Hilfeleistungen nicht auf die Änderung der Umgebung (die mit Ursache der Probleme war) ausgerichtet sind. Befürwortet wird eine Form von Hilfeleistung, die viel milieunaher ist; damit ist gemeint, daß den Mädchen in einer Familie und mit der Familie geholfen werden muß. Das Geld sollte vorrangig für ambulante Behandlungen verwandt werden." Diese Gedanken fanden große Aufmerksamkeit auch bei den Subventionsgebern.

e. Es gibt in vielen Heimen eine Diskussion über die Rollen von Gruppenleitern und Sozialarbeitern.Viele Heime pflegen auch enge Kontakte zu den Familien. Andererseits verspürt man aber auch viel Angst.So z.B. bei den Sozialarbeitern,

daß sie nicht mehr "Herr auf ihrem eigenen Fachgebiet" seien könnten.Es ergibt sich die Frage:Ist eine Rollenverteilung nicht eine schlechte Sache für die Zusammenarbeit mit Eltern?

Zu Frage 2:
Im allgemeinen kann man sagen, daß es sehr viel Kritik gibt über das Maß und die Entwicklungsrichtung der Professionalisierung. Es gibt eine Zunahme von Ausbildungsformen, wobei nicht die berufliche Ausbildung als Startpunkt genommen wird, sondern das menschliche Engagement. Via Beratung usw. werden Mängel an beruflicher Kompetenz kompensiert.
Das gilt besonders für die örtlichen Hilfeleistungsformen.
Aber auch für Institute mit sogenannten "harten" Jugendlichen ist eine gute Lebenserfahrung der Mitarbeiter sehr wichtig.
Man kann nicht sagen, daß sich nur ganz bestimmte Ausbildungsformen bewährt haben. In Den Haag oder Rotterdam beginnt man z.B. mit neuen Ausbildungsformen, die sich speziell an Menschen richtet, die in Kleinsteinrichtungen arbeiten wollen. Das zeigt, daß die heutigen Ausbildungsangebote noch immer nicht ausreichend ausgeprägt sind.
Im Zusammenhang damit ist festzustellen, daß sich immer mehr Formen der Arbeit mit Laien herausbilden, so z.B. Familienhäuser und andere Familien-Projekte für Jugendliche. Was behördlicherseits vielfach unterstützt wird, ist die fachliche Begleitung solcher Laienarbeit.

Zu Frage 3:
In der Vorbemerkung wurde schon gesagt, daß Erziehung eine Privatangelegenheit ist, d.h., daß das Ministerien sehr vorsichtig waren, auf die Arbeit von Heimen Einfluß zu nehmen. Ihre Aufgabe besteht u.a. darin, zu kontrollieren, ob die finanziellen und technischen Bedingungen (z.B. der Gebäude) ausreichend sind.Die Kontrolle lag bisher bei den Einweisungsinstanzen. Allmählich aber wird die Kontrolle größer und die Behörden sind hieran stärker beteiligt. Es besteht die Absicht, in jeder Region einen Ausschuß einzusetzen, der die Einweisung und Entwicklung eines Kindes im Heim kontrollieren soll. Jedenfalls wird die Kontrolle und Verantwortung des Staates in Zukunft stärker ausgeprägt sein als heute.

Drs.H.G.Helmantel

März 1983

M·A·N

Lastkraftwagen
Kommunalfahrzeuge
Omnibusse

M.A.N. bietet Lastkraftwagen für alle Zweige der Wirtschaft: für den Klein- und Handwerksbetrieb. Für das Großunternehmen. Für den gewerblichen Güterverkehr. Für den Werkverkehr, für den Verteilerverkehr und für den grenzüberschreitenden Fernverkehr. Für die Bauwirtschaft und für Sonderaufgaben. Von 10 bis 40 t zul. Gesamtgewicht. Mit 100—294 kW, 136—400 wirtschaftlichen DIN-PS. M.A.N. liefert Kurzhauber, Frontlenker und Unterflur-Fahrzeuge. Zweiachser, Dreiachser und Vierachser mit Blatt-, Blatt/Luft- und Voll-Luftfederung. M.A.N. liefert auch LKW mit Allradantrieb.

importateur général **GARAGE J.P. SCHOLER**
Succ. Charles **STEINMETZ - SCHOLER**
LUXEMBOURG ~ Tél.: 43 32 52 ~ 43 32 64 ~Telex : 2357 MANSAVLU
206 , rue de Neudorf

Dât Geschäft wo' Dir fand
wât Dir sicht

ERNSTER

Librairie - Papeterie
- Jouets éducatifs
Fournitures pour écoles

27, Rue du fossé LUXEMBOURG

Die Stellungnahme der schwedischen Sektion zu
den 3 Fragen der Konferenz in Frankfurt

1.e Frage:

Wie in allen Ländern Europas ist man auch in Schweden bemüht die Eltern mehr bei der Arbeit mit den Kindern einzubeziehen. In ganz Schweden sind die Bestrebungen gross die grossen Institutionen abzubauen und kleinere in Miljönähe zu etablieren. Vor allem in den drei Grosstadtregienen ist diese Arbeit schon verhältnismässig weit fortgeschritten.

Beispiel Malmö:

In Malmö sind fast alle wichtigen Institutionsresurse aufgeteilt worden. Die Stadt ist in fünf socialdistrikte mit jeweils 50 000 Menschen aufgeteilt und die Absicht ist diese Stadtdistrikte soweit wie möglich zu verselbständigen. Jeder Distrikt hat eine eigene Basiseinheit, die den Bereich der Jugendunterbringung und der ambulanten Elternarbeit deckt. Diese Basiseinheiten liegen in den grossen Wohndistrikten und Hauptaufgabe für sie ist es Zwangsmassnahmen durch vorbeugende Arbeit zu vermeiden. Man versucht die Situation der JUgendlichen und Kinder in deren eigenen socialen Netzwerk zu verbessern und zu stabilisieren.
Jugendliche mit speciellen Problemen werden bis jetzt noch immer in grösseren Einrichtungen untergebracht. Diese Einrichtungen haben einen grösseren geografischen Einzugsbereich. Aber auch hier ist die Tendenz zu sehen die Eltern mehr in der Arbeit zu engagieren.
Ein anderer Bereich in dem die Elternarbeit und Miljönähe eine Rolle spielt ist die Unterbringung in Pflegefamilien. In diesem Bereich ist man sich mehr und mehr bewusst geworden wie gross der Einflyss der biologischen Eltern auf die Situation der Kinder ist, auch wenn Sie nicht zuhause untergebracht sind. Auch hier versucht man erst die Situation mit ambulanten oder zufälligen Massnahmen zu lösen. Erst wenn keine Aussicht auf Erfolg da ist werden permante P Unterbringungen in Pflegefamilien geplant.
Die Arbeit mit den Eltern hat aber auch weiterhin eine zentrale Bedeutung.
Wir sind jedoch noch nicht soweit, dass man regelmässig auch Pflegefamilienunterbringung in Miljönähe plant.

Frage 2:

Dies Frage muss man unserer Meinung nach in drei verschiedene Bereiche einteilen.

Beschlüsse um Unterbringungen
Kurzfristige Unterbringungen
Langfristige Placierungen

Schon bei den Beschlüssen über die Unterbringung von Jugendlichen, Kindern und auch Erwachsenen sind professionelle

Sozialarbeiter und Laien engagiert.
Die professionellen Sozialarbeiter sollen eine Beschlussunterlage fertigen die einem Amt, bestehend aus Kommunalpolitikern zur Diskussion und Entscheidung vorgelegt wird. Die Absicht ist, dass die Politiker als Laien diesen Untersuchungen "normale" Perspektiven zuführen sollen und das sie weiterhin eine direkte Verantwortung für die Beschlüsse übernehmen sollen, die rechtlich gesehen am tiefsten in die persönliche Integrität des Einzelnen eingreifen.

Die kurzfristigen Massnahmen sind nach unseren Erkenntnissen oft die, die die meiste Professnionalität von den Sozialarbeitern verlangt. Es sind oft Eingriffe akuter Natur ob nun Institutionsunterbringungen oder Pflegefamilienunterbringungen. Sie verlangen vom Sozialarbeiter oder Pädagogen ein Vermögen sich in die akute Situation schnell hineinversetzen zu können und konstruktive Massnahmen zu finden. Die Institutionen, die solche Massnahmen/Unterbringungen entgegennimmt hat oft hochkvalifiziertes Personal, Psychologen, Sozialarbeiter/Pädagogen.
Aber auch die anderen Institutionen haben ein Personal mit hohem Ausbildungsstandart.
Bei den Pflegefamilien geht man bei Akutpflegefamilien auch davon aus, dass einer der Pflegeeltern eine besondere pädagogische Kompetenz aufweisen muss. Auch hier wiederum mit Rücksicht auf die akute Situation in der die Massnahmen oft getroffen werden.
Aber nicht immer ist die Frage des akuten Bedarfs wichtig. Wir sind zu der Beurteilung gekommen, dass kurze aber kvalitativ intensive Massnahmen in Kombination mit einer Arbeit in der Familie oder im socialen Netzwerk oft mehr adekvat sind als langfristige Massnahmen. Hier spielt natürlich auch die Kompetenz der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen eine entscheidende Rolle.

Bei langfristigen Massnahmen haben wir die Auffassung, dass die Pflegefamilien(wir haben fast keine langfristigen Heim - unterbringungen) durchaus aus stabilen,"normalen" Familien bestehen können. Die Professionalität muss hier wahl hauptsächlich bei den Sozialarbeitern gesucht und erwartet werden, die für die Unterbringung verantwortlich sind und laufend mit der Pflegefamilie ~~und~~,dem untergebrachten Kind und den Eltern Kontakt halten soll.
In einem dritten Bereich haben wir langfristige Kontakte, nämlich bei den Kontaktpersonen und den Stützfamilien. Hier handelt es sich oft um Laien mit Engagement in Ihren Aufträgen. Diese Personen und Familien gibt es in verschiedenen Bereichen,Sozialdienst, Kriminalpflege, Behindertenfürsorge u s w.
Die Ausbildung der Laien, ob Pflegefamilien, Stützkontakte oder Kontaktpersonen erfolgt durch die Behörden die für die Anstellung verantwortlich sind. Die Ausbildung z B der Pflegefamilien kan in Seminarform erfolgen oder in Eintagskursen. Die freiwilligen Mitarbeiter erhalten nur sporadisch Ausbildung.

Frage 3

Diese Frage ist für Schweden verhältnismässig einfach zu beantworten.
Private Heime für Kinder und Jugendliche sind verhältnismässig selten in Schweden. Gibt es sie so sind sie zum grössten Teil staatlich pder kommunal finanziert.
Die schwedischen Kommunen suchen bei den regionalen Verwaltungsgerichten an Zwangsmassnahmen für bestimmte Jugendliche oder Kinder zu beschliessen.
Für den Inhalt der institutionellen Arbeit sind die Kommunen oder Landstingskommunen selbst verantwortlich.
Der pädagogische Inhalt der Institutionen wird abgesehen von einer gewissen "Profilierung" von den Gesetzen und den Anweisungen des Sozialministeriums gesteuert.
Hier folgt ein kurzes Schema über die verschiedenen Verantwortlichkeiten :

	freiwillige	Zwangsmassnahmen
Sozialdienst:	Beschliesst zusammen mit den Eltern über die Unterbringung und den Behandlungsinhalt	Sozialdienst Sucht beim Verwaltungsgericht um die Massnahme an ↓
Verwaltungsgericht		Beschliesst Zwangsmassnahme
Sozialarbeiter ↓	ist verantwortlich für die gesamten, freiwillig oder zwangsmässig durchgeführeten Pflegemassnahmen	
Institution/Pflegefamilie	Verantwortlich für die direkte Pflege nach dem Behandlungsplan der zusammen mit Sozialarbeiter und der Familie erstellt worden ist.	

Wie schon gesagt hat der für die Massnahme verantwortliche Sozialarbeiter grossen Einfluss auf die Arbeit der Institution und der Pflegefamilie.

Dänemark

Zu Frage 1:

Während der letzten 10 Jahre ist das Interesse an einer wohlstrukturierten Familienarbeit in Dänemark laufend gestiegen.
Aufgrund dessen besteht schon seit einigen Jahren eine Verordnung, dass die Familien der unterge - brachten Kinder nicht nur häufig an Konferenzen und Versammlungen teilnehmen sollen, sondern dass sie auch durch z B Nachtaufenthalte an der täglichen Arbeit der Institution teilnehmen sollen.
In unserer Institution, Udby Behandlungsheim, sollen die Eltern z B mindestens einmal im Monat übernachten. Einzelne Familien wohnen auch während längerer Perioden in der Institution um mit den Pädagogen im Interesse der Kinder zusammenzuarbeiten.
Die Absicht mit dieser erweiterten Familienarbeit ist einfach die Familien soweit vorzubereiten, dass die Kinder so schnell wie möglich wieder in die Familie zurückkehren können und das die Eltern den Alltag so gut beherrschen, dass eine erneute Unterbringung in einem Heim nicht notwendig ist.
Im Takt mit der immer mehr erweiterten Familienarbeit ist auch die Zufriedenheit der Kinder, der Familien und des Personales mit dwr positiven Entwicklung der Fälle gestiegen.
Besonders muss darauf hingewiesen werden, dass es gemäss eines Gesetzes in Dänemark für alle Institutionen einen Elternrat geben soll, der sowohl mit dem Träger als auch mit der Leitung der Einheit in Fragen der übergeordneten Planung zusammenarbeiten soll.
Betreffend der Frage über die Lage der Institutionen so kann man eine klare Tendenz erkennen die grossen Centraleinheiten und Spezialeinheiten abzubauen.
In den letzten Jahren hat man anstelle dieser Einheiten kleinere Institutionen, für 10 - 15 Kinder, soge - nannte Nahmilieueinheiten gebaut. In diesen Institutionen werden in steigendem Masse verschiedenartige Behandlungsbedürfnisse befriedigt.Die verantwortlichen Verwaltungen versuchen im Anschluss dessen diese Einheiten mit den Specialmassnahmen zu komplettieren die die einzelnin Kinder gebrauchen.
Dänemarks grösste Institutionen beherbergen im Durchschnitt 30 , doch 10 bis 20 Kinder ist mehr gewöhnliche Grösse, dies Institutionen haben dann Kindergruppen die aus 8 - 10 Kindern bestehen.
--

Zur zweiten Frage:

Was die Frage der Ausbildung der Mitarbeiter anbetrifft so haben alle Angestellten von Kinder -und Jugendinstitutionen eine pädagogische Grundausbildung, vor allem die Angestellten, die direkt mit den Kindern/Jugendlichen arbeiten. Diese Ausbildung ist ein sogenanntes sozial-pädagogisches Seminar mit 3 Jahren Ausbildungsdauer.
Eine steigende Anzahl von Kindern/Jugendlichen werden heute jedoch in s g professionellen Pflegefamilien oder sozial-pädagogischen Kollektiven untergebracht.
Auch hier wird vorausgesetzt, dass die für die Kinder Verantwortlichen eine pädagogische Ausbildung haben.
Dagegen gibt es keine eigentlich festgelegt Ausbildung für die gewöhnlichen Pflegefamilien, trotsdem 50 % aller plazierten Kinder in diesen Familien untergebracht werden.
Den professionellen Pflegefamilien werden von gewissen Kommunen Ausbildung in Form von Kursen angeboten ausserdem können sie Supervision durch die öffentlichen Verwaltungen erhalten. Es gi bt doch auch Tendenzen diese Pflegefamilien näher an die Institutionen anzuschliessen. Die Institutionen könnten auf diese Weise den Familien in gewissem Umfang Rat und Beistand leisten. Eigentlich gibt es allso nur in den Pflegefamilien(den traditionellen) Mitarbeiter die nicht ausgebildet sind. Eine weitere Gruppe von freivilligen Mitarbeitern ohne spezifike Ausbildung repräsentieren jedoch die Politiker, die in den Vorständen der verschiedenen Institutionen sitzen.

LE FOYER

Compagnie luxembourgeoise d'assurances

La compagnie pilote du Grand-Duché

Plus de 50 ans de tradition dynamisme – originalité

cherchons des agents dans tout le pays

Le Foyer, un nom votre sécurité, notre but

Pour tout renseignement adressez-vous à:

- Nos guichets «Portes Ouvertes», 6, rue Albert Borschette, Luxbg-Kirchberg Téléphone 437 437 Heures d'ouverture: 8.30-12.00 13.30-16.00
- Bureau Luxembourg-Ville 16, boulevard Royal Téléphone 470 654 Heures d'ouverture: 9.00-12.30 13.30-17.30
- Notre bureau régional 74-76, bd Kennedy, Esch-Alzette Téléphone 54 89 21 Heures d'ouverture: 8.30-12.00 13.30-16.30
- Nos agents, partout au Grand-Duché (près de 800 points de contact)
- Nos succursales en Belgique et en France et leurs agences

Zur 3:en Frage:

Der Einfluss des Staates, der Kommunen und der Verwaltungen /Ämter auf die Arbeit der dänischen Kinder -und Jugend-institutionen ist sehr gross. Dieses hat natürlich seine Ursache in der Tatsache, dass die staatlichen und freivilligen /privaten Institutionen beide eine 100 %ige Deckung ihrer laufenden Kosten durch den Staat erhalten.
Nach dem geltenden Gesetz ist es die örtliche Kommune die beschliesst in welche- Institution man ein Kind unterbringen will und die Distriktsbehörde die für diese Kommune verantwortlich ist genehmigt diesen Beschluss. Die Institution kann zwar die Kommune oder die Behörde beraten, sich aber nicht der widersetzen.
Der pädagogische Inhalt der alltäglichen Arbeit variert ein wenig von Institution zu Institution, die Gemeinsamkeiten überwiegen jedoch da der pädagogische Inhalt hauptsächlich von Gesetzen, regeln und Verordnungen für die Institutionsarbeit abhängig ist.
Die verschiedenen Distriktsbehörden haben Kollegien für Institutionsvorsteher gebildet die den Gesetzgebern die Möglichkeit geben sich laufend über die Probleme der Heimarbeit zu informieren.
Will man Beispiele darfür geben wie Gesetze direkt auf die tägliche Arbeit eines Heimes einwirken können wir die vor 1 Jahr eingeführeten Arbeitszeitregeln für Institutions-personal nennen. Dieses Abkommen zwischen Gewerkschaft und Staat hatte die Folge, dass die Nachtstunden nun auf die 40 pädagogischen Wochenstunden angerechnet wurden. Dieses bedeutet in der Praxis, dass die Pädagogen nur nach 20 Stunden in der Woche für die pädagogische Arbeit zur Verfügung haben. Dies bedeutet auch,dass die Kinder sich an bedeutend mehr Personen in den verschiedenen Schichten gewöhnen müssen, die Konsekvenz eines solchen Abkommens wirkt sich allso direkt negativ auf die Kinder aus und ist darum nich wünschenswert in deren Augen.
Weiterhin gibt es eine gesetzliche Regel die verbietet, dass ein Mitarbeiter länger arbeitet als 8 Stunden, danach soll er 11 Stunden Ruhe haben. Diese Regel macht es zum Beispiel unmöglich an den Wochenenden gemeinsame Aktivitätet für Kinder und Personal zu planen.

Internationale FICE-Tagung vom 18./19. März in Frankfurt am Mai
"Entwicklung in der Heimerziehung"
Stellungnahme Sektion FICE-Schweiz

Vorbemerkung

In der Schweiz bestehen in den Heimen grosse Unterschiede, in dem es verschiedene Formen von Trägerschaften gibt:
- private Heime
- gemeinnützige Stiftungen und Vereine mit kantonalen oder Bundessubventionen
- kommunale Heime
- Kantonale Heime und Anstalten

Daraus ergeben sich unterschiedliche Praxisnormen. Die folgenden Ausführungen sind somit ein Aufzeigen der bestehenden Trends.

Zu Frage 1

11. Aufnahmen

Die Aufnahme von Kindern in die Heime liegt in der Regel in der Kompetenz der Heimleitungen. Dadurch bestehen Unterschiede in den Aufnahmeverfahren. Es gibt jedoch eine ganze Anzahl Institutionen, in denen die Trägerschaft die Aufnahme an Spezialkommissionen übertragen hat. In den letzten Jahren haben sich die Auffassungen in der Aufnahmepraxis stark geändert, indem die Eltern als Partner in das Aufnahmeverfahren stärker einbezogen werden.

Die Heime nehmen praktisch keine Kinder mehr auf, ohne die Eltern einzubeziehen (Ausnahme: Schlupfhäuser). Die Versorger (Vermittler) stehen ständig in Kontakt mit den Eltern und helfen diesen auch, die Verbindung zum Heim herzustellen, wenn Konflikte bestehen.

12. Elternarbeit

Unter Elternarbeit verstehen wir den Einbezug der Eltern in den pädagogischen Alltag. Dabei werden folgende beiden Formen gepflegt:

- Arbeit mit einzelnen Eltern im emotionalen Bereich (Freundschaftliches Gespräch bei einem Kaffee) und im fachlichen Sinn, z.B. Kleideranschaffungen, Urlaubsregelungen, Erziehungsprobleme

- Arbeit in Gruppen: Die Erfahrungen zeigen, dass gesellige Anlässe leichter zu verwirklichen sind, als Gruppensitzungen mit fachlichen Auseinandersetzungen, da die meisten Eltern auf sich selbst und ihr Kind ausgerichtet sind. Erst nach längern gruppendynamischen Bemühungen können auch auf dieser Ebene Erfolge erzielt werden.

In letzter Zeit ist auch die Familientherapie ins Gespräch gekommen. Die Heime zeigen jedoch in dieser Richtung noch eine gewisse Zurückhaltung.

13. Milieunahe Einrichtungen

Durch die besondern topographischen und ethnologischen Verhältnisse der Schweiz sind sehr entfernte Plazierungen zum Vornherein nicht gegeben. In den letzten Jahren ist bei aller Anerkennung "milieuferner" Plazierungen die eindeutige Tendenz zu "milieunaher" Heimplazierung spürbar.

Zu Frage 2

Zur Zeit ist eine starke Professionalisierung der Heimerzieher (Sozialpädagogen) im Gange. Dadurch sind wesentlich stärkere gewerkschaftliche Aspekte dieses Berufsstandes feststellbar (Lohnforderungen, Verkürzung der Arbeitszeiten, frühzeitige Pensionierun Das menschliche Engagement ist stark personenabhängig.

Wir haben folgende Ausbildungsformen:
- Tagesschulen für Sozialpädagogen oder Kombinationen von Schulen für Sozialarbeit mit Sozialpädagogik
- Abendschulen
- berufsbegleitende Ausbildungsgänge

In der schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Heimerzieherschulen (SAH) sind die Ausbildungsnormen für diplomierte Heimerzieher seit Jahren festgelegt (Aufnahmebedingungen, minimale Ausbildungsstunden Kriterien für die Praktika, Mindestanforderungen für die Diplomieru Gegenwärtig werden die Ausbildungskonzepte zwischen Ausbildungsstät den Heimen und deren Verbände intensiv diskutiert. Dabei sind auch hörden aller Ebenen als Subventionsgeber an diesen Auseinandersetzu interessiert. Die Heime vertreten die Ansicht, dass die Schulen in Entwicklung zu weit gehen.

Die Absolventen der Ausbildungsstätten bewähren sich je nach dem Au gabenbereich, der ihrer Ausbildung entsprechend übertragen wird.

In den sozialpädagogischen Heimen haben wir in der Schweiz praktisch keine Laien mehr (meist nur in privaten, kleinen Trägerorganisationen). Laien betätigen sich meist nur in Pflegefamilien. Die Vereinsmitglieder und Stiftungsräte der privaten Heimträgerschaften sind meist Laienvertreter.

Zu Frage 3

Die staatlichen Behörden sind an einem für den Klienten zweckmässigen Betreuungsplatz interessiert. Sie befassen sich jedoch vor allem mit der Plazierung und mit der Finanzierung.

Die Heime bleiben auch nach der Einweisung in dauerndem Kontakt mit den zuständigen Behörden (telefonisch, brieflich, persönlich).

4. Ergänzende Orientierung

Kürzlich hat die Erziehungsdirektion des Kantons Zürich ein Kantonales Heimkonzept öffentlich zur Vernehmlassung vorgestellt.

Die Arbeitsgrundlage zeigt folgende Entwicklungstendenzen auf:

So werden 1. die Entwicklungsfaktoren mit den veränderten Bedingungen der Population, der Familie, der konzeptionellen Vorstellungen und der Rahmenbedingungen dargelegt.

Unter 2. wird aufgeführt:
Wachsender Anpassungsdruck auf Institutionen
- Redimensionierungsdruck auf Institutionen (quantitativ)
- Konzeptioneller Anpassungsdruck auf Institutionen (qualitativ)
- finanziell-organisatorischer Anpassungsdruck: Veränderung der Zielgruppen
- Identitätsdruck: Selbstverständnis der Institutionen

Unter 3. folgen die Anpassungstechniken
- Individuelle Anpassungstechnik: Angebote verbreitern, Einzugsbereiche ausdehnen, Aufnahmekriterien verändern, Einweisungen institutionalisieren usw.
- Kollektive Anpassungstechnik: Verbundsysteme zwischen gleichen Institutionen, Bildung von Ketten von Institutionen hintereinander

- Breite Absicherung: Finanzierung durch verschiedene Säulen (Bund, Kanton, Gemeinden)
- Tiefe Absicherung: Konzentration auf einen sicher scheinenden Geldgeber

In der Folge werden Bewertungskriterien für Heime aufgestellt, welche aufgrund der Vernehmlassung zu gegebener Zeit zur Anwendung kommen sollen. Hier die Stichworte dazu:

Aufenthalt in ausserfamiliären Institutionen	- Aufenthaltsdauer - Indikationen
Eltern- und Familienarbeit	
Vermittlung	
Ambulante Dienste	- Gestufte Angebote ambulanter Dienste
Institutionen	- Standorte - päd. Konzepte - Binnenstruktur - Grösse - Architektur - Gestufte päd.-therap. Angebote - Schulung und Ausbildung - Trägerschaft
Personal	- Ausbildung - Weiterbildung - Fortbildung
Beratung und Aufsicht	- Beratung - Aufsicht
Finanzierung	
Kooperation	- Verbundsysteme und Institutionenkette
Regionalkonzepte	- Heimkonzepte von Städten und Regionen
Grunddaten über den Heimbereich des Kantons	- Grunddatenversorgung
Interkantonale Zusammenarbeit	

- - - - - - - - - - -

Die dargelgten Ausführungen zeigen, wie in der Schweiz die Fragen der ausserfamiliären Erziehung gegenwärtig in Frage gestellt werden. Ueberall zeichnet sich ein echtes Ringen um neue Lösungen ab.

Für die FICE-Sektion Schweiz

P. Sonderegger

7. April 1983

FICE-Sektion der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
(Tonbandabschrift einer Dolmetscher-Übersetzung)

Das Schul-und Erziehungswesen der CSSR untersteht dem Staat, der auch für die gesamten Geldmittel aufkommt. Die Erziehung und Ausbildung ist in der ganzen Republik gleich, nach einem gültigen Gesetz geregelt, d.h., daß die Konzeption der Heime und aller öffentlichen Erziehungseinrichtungen in der CSSR einheitlich ist. Gegenwärtig befindet sich das gesamte Schul-und Bildungswesen von der inhaltlichen Seite her in einem Umbau. Die Heime ressortieren zum Schulwesen und auch für Heime wird eine neue Konzeption erarbeitet.Es ist die Aufgabe der Heime familienmilieuähnlich zu erziehen. Die Einrichtungen für Kinder von O bis 3 Jahre unterstehen dem Gesundheitsministerium und Einrichtungen für Kinder ab dem 3.Lebensjahr dem Ministerium für Schulwesen. In den Kinderheimen sind junge Menschen von 3 bis 18 Jahre, aber auch noch älter, die sich in der Ausbildung befinden, untergebracht. Die Mitarbeiter in den Heimen sind bemüht, den Jugendlichen eine gute Berufsförderung angedeihen zu lassen und sie so zu erziehen, daß sie problemlos die Schwierigkeiten des Lebens meistern.

In der CSSR gibt es zwei Heimtypen:
- o Für Kinder und Jugendliche mit langfristigen Aufenthalten die sogenannten Familienheime. Sie haben meist eine kleine Kapazität, sie können 20 bis 30 Kinder aufnehmen und
- o Heime für kurzfristigen Aufenthalt, die Internatsheime genannt werden.

Es wird bei der Unterbringung von Kindern darauf geachtet, daß man Geschwisterpaare nicht voneinander trennt und daß sie einer Erziehungsgruppe zugeteilt werden.

Das Leben in einer Erziehungsgruppe wird so wie in einer Familie gestaltet. Eine solche Gruppe besteht aus 8 bis 15 Kindern. In den Heimen der CSSR werden Waisen, Halbwaisen und sogenannte Sozialwaisen untergebracht. Da es in der CSSR keine Armut gibt kommen also nicht aus Gründen wirtschaftlicher Not Kinder in Heime, sondern nur solche,deren Eltern erkrankt, geschieden oder sozial auffällig sind und ihre Kinder vernachlässigen.

Dort wo die Voraussetzungen vorliegen, daß die Familie einen guten Einfluß auf das Kind ausübt, werden die Kontakte zu Familienangehörigen aufrecht erhalten und weiter gepflegt.

Bei den Behörden gibt es Sektionen für das Sozialwesen. In der Abteilung für Kinderfürsorge arbeiten Sozialkuratoren; diese sind verantwortlich für die Betreuung der Familie während eines Heimaufenthaltes der Kinder.

Gegenwärtig gibt es Bemühungen um eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Eltern. Man versucht dies im Rahmen einer Psychotherapie durchzuführen. Diese Arbeit geschieht

in den Einrichtungen für Kinderdiagnostik. Nach mehrmonatiger Arbeit mit Eltern und Kindern besteht manchmal die Möglichkeit, das Kind wieder in die gebesserten Verhältnisse des Elternhauses zurückzugeben.

Zu Frage 2:
Die Kinderheime befinden sich meist im Zentrum der Städte oder sind in Dörfern untergebracht. Die Kinder besuchen dort die öffentlichen Schulen gemeinsam mit den Kindern des Gemeinwesens. Die Heimkinder nehmen am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ihrer Umgebung aktiv teil. Sie sind gleichberechtigte Bürger in der Gemeinde. Sie besuchen ihre Freunde in Familien außerhalb des Heimes; umgekehrt kommen Kinder aus diesen Familien in das Heim zu Besuch.

Es gibt auch Beispiele, wo sich die Schule im Heim befindet, aber zu zwei Drittel von Kindern aus der Umgebung besucht wird. Die Integration des Heimkindes in die Gesellschaft ist damit unmittelbar gewährleistet.

In den Heimen arbeiten auch Gruppierungen der "Freunde der Heime". Mitglieder dieser Organisationen sind Vertreter von Patenschaften, die einzelne Betriebe übernommen haben. Die Heimkinder nehmen aber auch an den Betriebsausflügen und Veranstaltungen dieser Firmen teil. Die Arbeiter der einzelnen Unternehmen organisieren eine Vielzahl von Dingen für die Kinder, u.a. auch Sommerlager in schön gelegenen Gegenden.Die Patenschaften der "Freunde der Heime" helfen aber auch den Kindern bei der Überwindung sonstiger Schwierigkeiten.

Zu Frage 3:
In der CSSR haben alle Erzieher, die in Heimen beschäftigt sind, eine pädagogische Ausbildung. Diese pädagogische Ausbildung kann man nach der 8.Klasse der Pflichtschule beginnen; sie dauert vier Jahre und endet mit einer Reifeprüfung.
Es gibt aber auch die Möglichkeit des Studiums an der pädagogischen Fakultät der Universität. Dieses Studium dauert vier Jahre und endet mit Diplomarbeit und Staatsprüfung.
Die Ausbildung kann aber auch berufsbegleitend in einem Fernstudium vor sich gehen. Träger der Ausbildungsstätten ist der Staat. Er finanziert die Ausbildung. Eine pädagogische Fortbildung für Erzieher erfolgt permanent.

In den pädagogischen Instituten arbeiten spezielle Sektionen für Heime. Die Mitglieder dieser Sektionen sind die besten Pädagogen, die aus der Praxis der Arbeit gewonnen werden. Durch Vorträge, Seminare und Studienkreise wird Fortbildung angeboten. So wurden z.B. Seminare zu methodischen Fragen abgehalten. Das Schwergewicht der Fortbildung liegt auf der Vermittlung theoretischer Kenntnisse.Die Arbeit dieser Sektionen finanziert der Staat; ebenso wie er die Geldmittel für Kurse, Seminare und Studientage zur Verfügung stellt.
Die Nationalsektion der FICE-CSSR organisiert zweimal im Jahr 2-tägige Fortbildungsveranstaltungen zu aktuellen

Problemen und wissenschaftlichen Fragen der Heimerziehung.

In jeder Bezirksverwaltungsbehörde gibt es eine Abteilung für Jugendhilfe, die der Oberabteilung für Sozialwesen untersteht. Diese Abteilung arbeitet mit einem großen Kreis von freiwilligen Mitarbeitern.Zumeist handelt es sich dabei um Lehrer. Diese Helferkreise machen auf problematische Familien aufmerksam und stellen dann den Antrag an die Institute für Kinderdiagnostik zur Unterbringung von Problemkindern. Ein solches Diagnostikzentrum gibt es in jedem Landkreis der Republik. Hier erfolgen ärztliche und psychologische Untersuchungen.

Nach der Ankunft eines Kindes im Heim nimmt die Einrichtung Kontakt mit der Jugendhilfe des Bezirks auf, aus dem das Kind kommt.Vertreter der Jugndhilfe sind auch Mitglieder des pädagogischen Rates des Kinderheimes. Die Bezirks-und Kreisbehörden leiten,kontrollieren und verwalten die Kinderheime durch spezielle Fachinspektoren.

Von einer Krise in der Heimerziehung, wie sie von anderen FICE-Sektionen geschildert wurde, kann in der CSSR nicht gesprochen werden. Das System der Heimerziehung in der CSSR hat sich bewährt; trotzdem wird es in der Zukunft noch weiter verbessert werden.Den Heimkindern werden alle Möglichkeiten gegeben, sich völlig zu sozialisieren und sich in der Gesellschaft zu integrieren, so daß ihr Übergang in das selbständige Leben ohne Komplikationen vor sich geht.

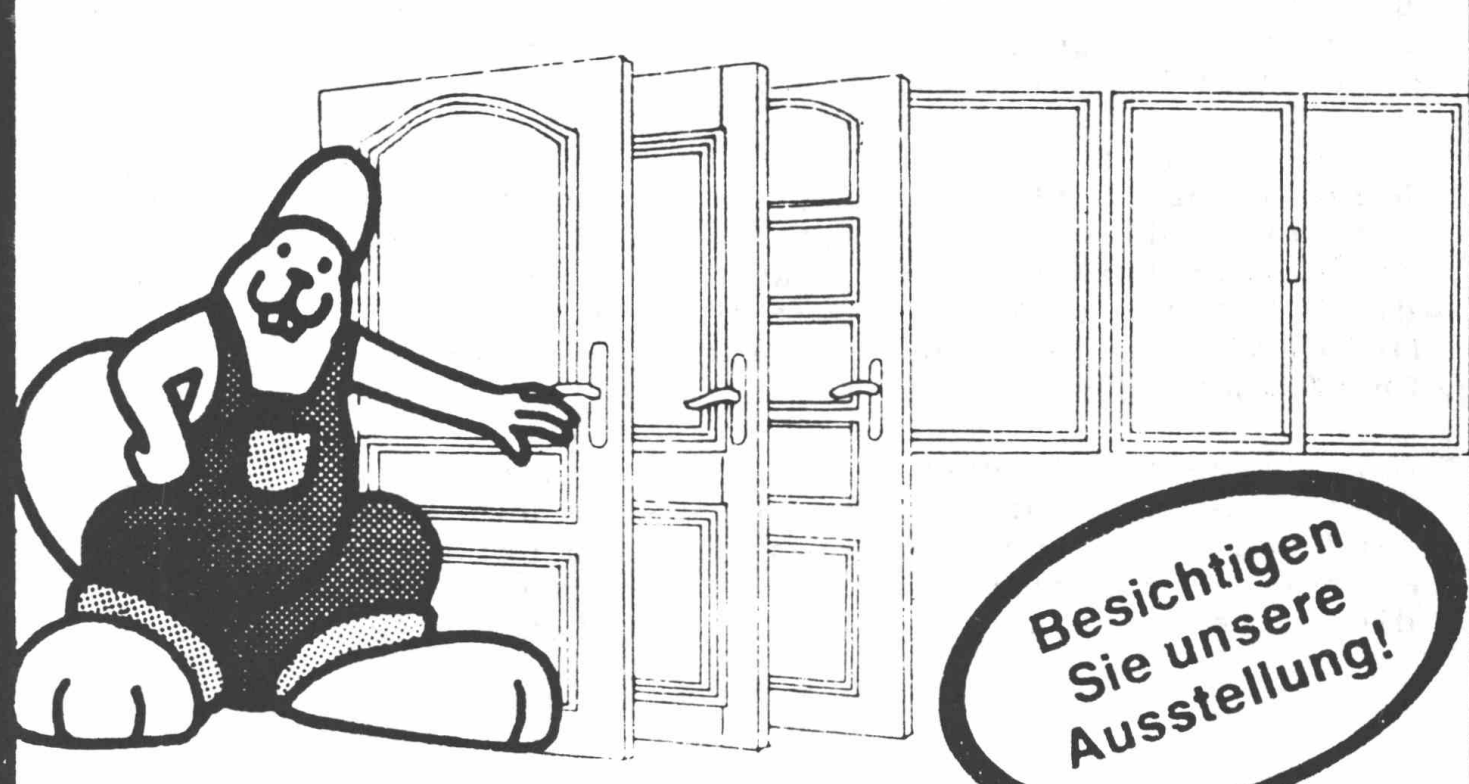
Das Erziehungssystem der Kinderheime in der CSSR ist ein öffentliches System. Es enthält die Möglichkeit des Kontaktes mit der Familie, sofern sich dieser nicht schädlich auf die Entwicklung des Kindes auswirkt; das System gibt auch die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen Kollektiven. Die Heimerziehung endet spätestens mit dem Abschluß der Berufsausbildung.

Abschließend soll noch einmal gesagt werden, daß die sozialistische Gesellschaft großes Interesse an jedem einzelnen Kind und damit auch an jedem Heimkind hat. Sie sichert jedem Heimkind die erzieherischen und materiellen Voraussetzungen, die für ein normales und gesundes Leben notwendig sind.

IHR SPEZIALIST
FÜR DEN INNENAUSBAU

Grosse Auswahl von:

- Edelholzpaneelen
- Friesen
- Deckenplatten
- Styltüren - Moderne Türen
- Fertigparkett
- Haustüren
- Holztreppen
- Fenster



Bois Centre Hoffmann
Alzingen/Hespérange

OUVERT TOUTE LA SEMAINE
de 8-12 et de 14-18 heures

FICE

GYERMEKOTTHONOK NEMZETKÖZI SZÖVETSÉGE
MAGYAR NEMZETI BIZOTTSÁGA

Fédération Internationale des Communautés d'Enfants
International Federation of Children's Communities
Internationale Vereinigung der Erziehungsgemeinschaften
Ungarische Nationalsektion.

Antworten auf die Fragen des FICE Rundschreibens

1./ In Ungarn kommen jene Kinder in staatliche Fürsorge, deren Erziehung oder Verpflegung von Seiten der Familie nicht gesichert werden kann. Folgende Ursachen können dafür in Betracht kommen: Verwaisung, dauerhafte Abwesenheit der Eltern, Vernachlässigung der Kinder, schwere Krankheit der Eltern, die Auflösung der Familie, die Eltern sind Alkoholiker, verkommene Lebensführung usw.

Den letzten Angaben nach sind fünfundsiebzig Prozent der Kinder aus Umgebungsgründen, sechszehn Komma sechs Prozen aus Verhaltensgründen, vier Komma ein Prozent als Elternlose (zum Beispiel Verwaisung) und vier Komma drei Prozent aus Gesundheitsgründen (zum Beispiel geistig behindert) in staatliche Fürsorge genommen worden.

Die Erziehung in Heimen ist nur eine der Formen der staatlichen Fürsorge. In Erziehungsheimen leben zur Zeit zwölftausenddreihundertsechsunddreißig, das sind siebenunddreißig Komma sechs Prozent der in staatliche Fürsorge genommenen Kinder.

Die den Erziehungsheimen zugeteilten Kinder sind hinsichtlich des Familienhintergrundes in drei Gruppen zu teilen:

a/ annähernd die Hälfte der Zöglinge stammen aus aufgelösten Familien (geschiedene oder allein lebende Eltern)

b/ dreißig Prozent kamen aus sogenannten "unvollständigen Familien" (die Familie kam nicht zustande; zum Beispiel: ledige Mutter oder ein Elternteil ist gestorben)

c/ schließlich sind ein Viertel der Kinder aus einer vollständigen Familie, die Eltern leben offiziell zusammen.

Gleichzeitig ist auch für den Familienhintergrund die Tatsache charakteristisch, daß das deviative Verhalten /die Verletzung der gesellschaftlichen Normen/ in den vollständigen Familien viel öfter vorkommt, als in den unvollständigen.

Daraus folgt, daß die labile Soziabilität der Eltern, das ungeordnete Familienleben und in vielen Fällen auch deviative Abbiegung den Familienhintergrund der Heimkinder kennzeichnet.

Zu den Aufgaben der Erziehungsheime gehört die Ersetzung der mangelnden primären Sozialisation der Heimkinder die psychosozialartigen Schäden (in vielen Fällen familiären Ursprungs) in Ornung zu bringen.

Das Erziehungsheim muß bestrebt sein, die Kinder den Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens Folge leistenden Staatsbürger zu erziehen, gleichzeitig muß es die Herstellung ihrer Beziehungen zu ihren - oft normenverletzenden - Familien fördern. Diese widerspruchsvolle Aufgabe ist die Quelle vieler pädagogischen Konflikte. Das Erziehungsheim kann auf die Lebensführung der Eltern keinen großen Einfluß ausüben und diesbezüglich verfügt es auch nur über indirekte Mittel.

In unseren Erziehungsheimen kommen die folgenden wichtigsten Formen der Aufrechterhaltung (und Gestaltung) von Verbindungen zwischen Eltern und Kindern zur Geltung:

- Verbindung zwischen Eltern und Kind, zwischen Eltern und Erzieher durch Briefwechsel;
- Elternversammlungen, wo die Eltern über das Leben ihrer Kinder informiert werden und die gemeinsam lösbaren Probleme besprochen werden;
- die Eltern können ihre, im Heim lebenden Kinder besuchen;
- während der Schulferien können die Kinder zu ihren Eltern nach Hause fahren;
- vor und nach der Beendigung der Erziehung im Heim bereitet der Nachpflegeerzieher die Verbindung mit der Familie vor, ist dem Kind und der Familie behilflich und verfolgt mit Aufmerksamkeit das Gestalten des gemeinsamen Lebens.

In unseren Erziehungsheimen kommen solche Bestrebungen, die durch das FICE Rundschreiben als "milieunah" bezeichnet wurde, zur Geltung. Unserer Auffassung nach konnen die natürlichen gesellschaftlichen Kleingruppen (die Familien) durch künstliche nicht ersetzt werden. Die bei uns geltenden Bestrebungen verfolgen ein doppeltes Ziel: - die Steigerung der personenbezogenen Erziehung und - die Gruppenvorgänge sollen übersehbar gemacht werden.

Die Hälfte unserer Heime ist vom großen Bestand (hundertein bis dreihunderfünfzig Personen), die Anzahl der Heime vom kleinen Bestand (dreißig bis fünfzig Personen) ist insgesamt elf. Die international anerkannte Kinderstadt in Fót bietet für neunhundertzwanzig Kinder Platz.

Das Institutionssystem ist gegeben, so bedeutet "milieunahe" Erziehungsarbeit die Verringerung des Gruppenbestandes und des Unterbringungsbestandes (Gruppenzimmer). In einer Gruppe sind jetzt durchschnittlich siebzehn bis achtzehn Kinder untergebracht.

2/ Zweiundneunzig Prozent der Heimpädagogen (Kindergärtnerinnen, Lehrer, Heilpädagogen) sind qualifiziert. Die unqualifizierten Erzieher werden als Kinderaufseher angestellt. Eine verbreitete Ausbildungsform ist der komplexe Zweijahrlehrgang für Kinderaufseher. Wir planen auch die Fachmittelschulausbildung für Kinderaufseher zu organisieren.

3/ In Ungarn spielen bei der Unterbringung von Minderjährigen in staatliche Erziehungsheime zwei - für diesen Zweck gegründete - staatliche Organe eine indirekte Rolle.

Diese sind: die Vormundschaftsbehörde, die ein in Rahmen des Rates funktionierendes Verwaltungsorgan ist, deren Tätigkeit größtenteils aus dem Personen- und Vermögenschutz von Minderjährigen besteht;

die Institutionen für Kinder- und Jugenschutz sind mit der gesetzlichen Vertretung von staatlichen fürsorgebedürftigen Kindern beauftragt. Hier wird die vollständige Persönlichkeitsuntersuchung der eingewiesenen Kinder durchgeführt, später werden sie in ein, ihrem Erziehungszustand gemäß entsprechendes Heim (oder anderswo) untergebracht.

Andere staatliche Organe (Gericht, Staatsanwaltschaft, Polizei, Unterrichtseinrichtungen usw.) spielen bei der Unterbringung in staatliche Erziehungsheime eine indirekte Rolle. Diese indirekte Rolle kommt darin zur Geltung, daß diese Organe sich im Interesse der Minderjährigen mit Signalen (Anzeigen, Ansuchen) an die Vormundschaftsbehörde wenden können, oder wenn die Interessen des Minderjährigen von unmittelbarer Gefahr bedroht wird, kann das Kind in das Institut für Kinder - und Jugendschutz eingeliefert werden.

Die aufmerksame Verfolgung der Erziehung der Kinder während des Heimaufenthaltes ist ebenfalls die Aufgabe des Instituts für Kinder- und Jugendschutz, als eine Einrichtung für die gesetzliche Vertretung. Die Vormundschaftsbehörden verfolgen die Gestaltung der ursprünglichen Umgebung des Kindes während seines Heimaufenthaltes mit Aufmerksamkeit und sind bestrebt

dort solche günstige Änderungen zu erreichen, damit die gesund Entwicklung des Kindes in seiner ursprünglichen Umgebung nach der Aufhebung der Heimerziehung beziehungsweise die staatliche Fürsorge folgend, gesichert wird.

librairie
papeterie
journaux
cadeaux
jouets
articles en cuir

le bouquin s.à r.l.

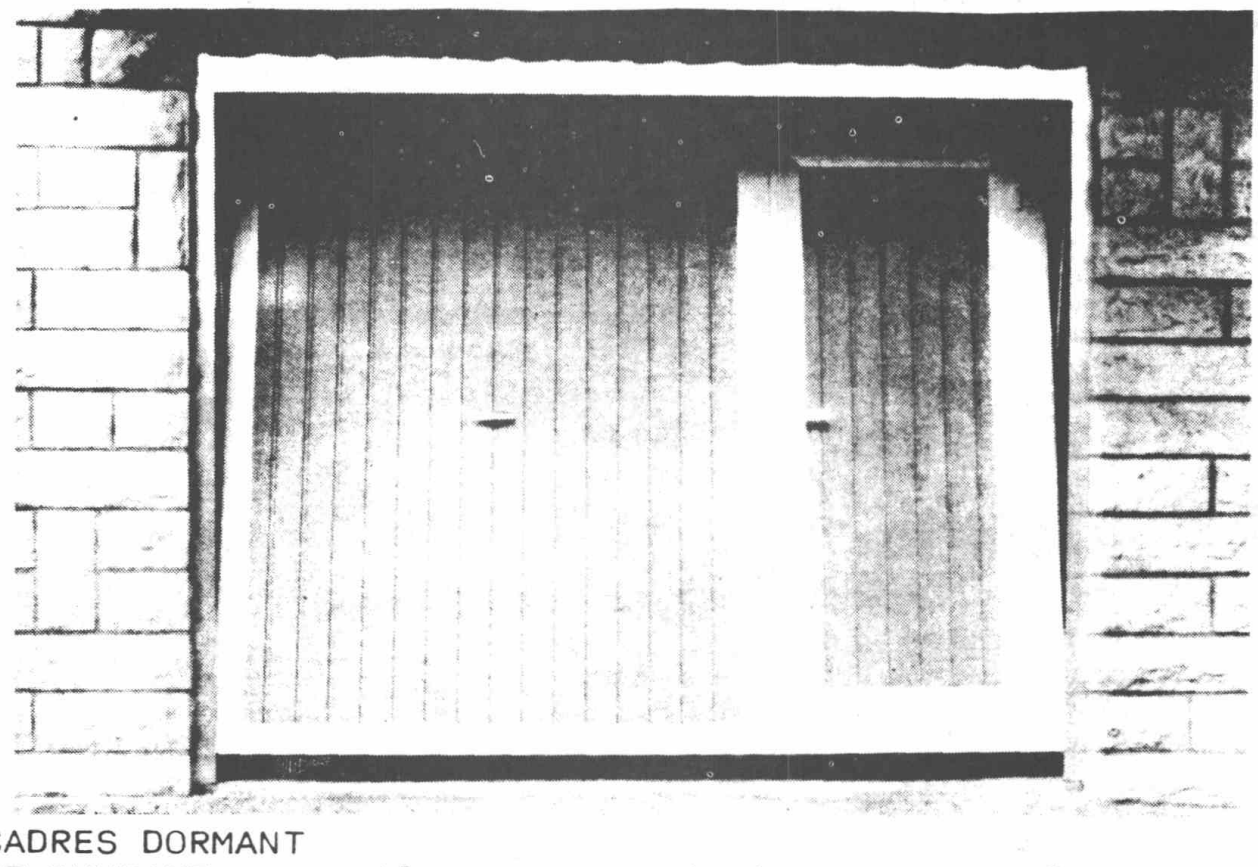
87, rue de l'alzette
esch-sur-alzette - tel.: 54 92 70

nos spécialités:

globes terrestres lumineux
garnitures de bureau
machines à calculer électroniques
sacs pour écoliers; uniquement des nouveautés

MODILUX

LA PORTE DE GARAGE BASCULANTE NON DEBORDANTE FABRIQUEE UNIQUEMENT SUR MESURES



CADRES DORMANT
ET OUVRANT: - Aluminium anodisé tons naturel ou acrylite blanc et brun foncé

REMPLISSAGE: - Frises PVC - tons blanc, gris et brun foncé
- Frises aluminium anodisé tons naturel ou acrylite blanc et brun foncé

OPTIONS: - Portillon incorporé avec cadre aluminium
- Ouverture vitrée

FONCTIONNEMENT: suivant dimensions
- Par enrouleur fixé sur le cadre dormant - sans rail
- Par contrepoids latéral - avec rail

AVANTAGES: - Etanchéité parfaite à l'air et à l'eau au moyen d'un joint néoprène adapté sur tout le pourtour des cadres dormant assurant une isolation totale
- Ne necessitant aucun entretien

FABRICATION DE VERANDA ENTIEREMENT EN ALUMINIUM
A VITRAGE SANS MASTIQUE

FABRIQUEE ET POSEE PAR LES

Etablissements A. MOLITOR

RUE DES ARTISANS 10 ATHUS TEL 08/378637

Vous pouvez également vous adresser aux Etablissements WAGNER KOEPGES, 144, avenue de la Liberté DIFFERDANGE

Pour vos excursions
en autocar,
demandez notre choix
de programmes pour
sociétés et notre brochure
des circuits organisés
à travers toute l'Europe.
Keispelt Tél. 301-46 (3 lignes)
Eischen Tél. 396-31

Pour vos voyages en train,
en avion, en bateau et
avec votre voiture privée,
adressez vous au
bureau de voyages
«4-Saisons»,
11, avenue de la Liberté,
Luxembourg
Téléphone 21188

dc
Demy Cars
Entreprise d'autocars Bureau de voyages

Le Centre de Réadaptation à Cap

vous propose ses produits et travaux en

menuiserie

serrurerie

reliure-cartonnage

horticulture

céramique

accepte: tous les travaux de sous - traitance

et vous souhaite

une bonne année 1984

KAY PLUS

Une nouvelle gamme de protections pour l'hygiène et le confort de l'incontinent.

Par la gêne qu'elle provoque, l'incontinence nécessite des solutions d'hygiène et de confort maximales. Pour l'incontinent, en effet, il s'agit de pouvoir aller et venir librement. Sans contrainte, sans arrière-pensée. Avec la nouvelle gamme de protections Kay Plus, chaque incontinent trouvera désormais la solution qui lui convient idéalement.

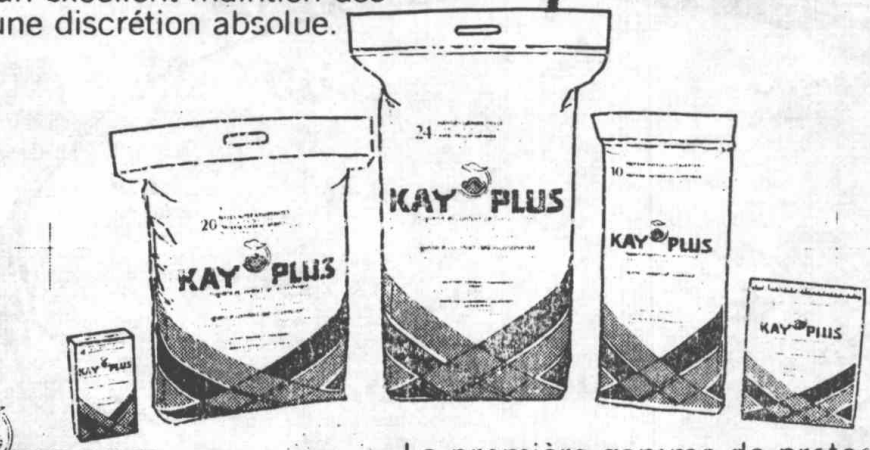
Des changes grande taille.
Jetables et d'une grande capacité d'absorption, ils se portent avec la pointe ou le slip extensible Kay Plus.

Des alèzes super-absorbantes.
Leur épais matelas de mousse et leur feuille plastique procurent une grande absorption et garantissent son imperméabilité.

Des protège-matelas intraversables.
Doux et solides, ils permettent une protection très étendue de la literie.

Des pointes à nouer.
Lavables, elles forment, avec les changes grande taille, un ensemble absorbant, étanche et discret.

Des slips extensibles.
Aérés, adaptables au corps et lavables, ils assurent un excellent maintien des changes et une discrétion absolue.



KAY PLUS de lotus La première gamme de protections pour incontinents, vendues aussi en grandes surfaces.

BON A DECOUPER. Envoyez à mon adresse privée, sous enveloppe discrète, votre documentation sur la gamme Kay Plus, ainsi que la liste des distributeurs.

Nom .....

Rue ..... nº .....

Code postal ..... Locailté .....

Bon à envoyer à: **EMILE KASS ET FILS** senc - 4, rue Astrid - Luxembourg

Petite Fleur

La forme originale est inspirée par d'anciennes pièces d' orfèvrerie et d'argenterie de style Louis XIV.
Créée vers 1780 à Septfontaines-lez-Luxembourg elle fut très populaire au début du 19ième siècle. Mr. Ludwig Scherer, designer à la Faïencerie de Luxembourg, développa à partir de pièces originales un assortiment élégant de flair romantique. Le décor PETITE FLEUR créé par Christine Reuter ravit par son élégance les amateurs de porcelaine fine. PETITE FLEUR s'achète pièce par pièce avec une garantie de réassortiment jusqu'en 1990. Elle est garantie lave-vaisselle comme tous les décors VILLEROY & BOCH.

VILLEROY & BOCH s.à r.l.

Ancienne Manufacture Impériale et Royale fondée en 1767

Luxembourg